



#### Aus dem Inhalt:

Innere Unsicherheit:  
Was kommt  
nach Schily?

Humoroffensive mit  
Heuschrecken

Zivilisierte Eventkultur:  
Der Papst in Köln

Rechtsextreme und  
Bundestagswahlen

„Diskurslinguistik“ ohne  
Diskurstheorie

50. Ausgabe der  
kultuRRevolution:  
Interview mit  
Jürgen Link

Einwanderung - Streit  
unter Freunden

Fluchtwege

## Linkspartei und Große Koalition

# Die Stunde der wahrgewordenen Gespenster

Jürgen Link

Vor Tische las man´s anders: Da war die Große Koalition auf nationaler Ebene das, was sie seit 1969 kontinuierlich gewesen war, das aus der guten demokratischen Stube unbedingt fernzuhaltene Gespenst. Jedenfalls in normalen Zeiten, solange nicht Not am Mann ist. *Ein* 1968 hatte schließlich gereicht, und die Demokraten hatten ihre Lektion gelernt: Große Koalition stärkt die Extreme. Gerade die hegemonialen Medien hatten uns diese Lektion geradezu als „demokratisches Grundwissen“ eingebläut.

Und nun behandeln die gleichen hegemonialen Medien das Gespenst als normalstes „Stück Normalität“. Dabei wäre doch die entscheidende Frage: Ist nun Not am Mann oder nicht? Um davon abzulenken, reden sie von Not an der Frau: Ob Angela ihren Mann stehen kann oder nicht. Und auch über das zweite Gespenst herrscht bis auf weiteres Schweigegebot: Über das simple Faktum, dass es eine Große Koalition einzig und allein deshalb gibt, weil es die „Linkspartei“ gibt und weil sie den beiden hegemonialen „Blöcken“, dem linken wie dem rechten, ihre Mehrheiten genommen hat. Während noch am Wahlabend der designierte Vizekanzler Müntefering von „PDS/ML“ faselte (seine alten Traumata) und alle versicherten, eine

*weiter auf Seite 2*

#### Impressum:

Das DISS-Journal  
wird  
herausgegeben vom  
Duisburger Institut für  
Sprach- und Sozial-  
forschung (DISS)  
Siegstr. 15  
47051 Duisburg  
Tel.: 0203 / 2 02 49  
Fax: 0203 / 28 78 81  
e-mail: info@diss-  
duisburg.de  
[http://www.diss-  
duisburg.de](http://www.diss-<br/>duisburg.de)

Druck:  
Rosch Buch-  
Druckerei, Scheßlitz



Heiko Kauffmann, Helmut Kellershohn, Jobst Paul (Hg.)

**Völkische Bande. Dekadenz und Wiedergeburt – Analysen rechter Ideologie**

Unrast-Verlag, Münster  
Edition DISS Band 8, 254 Seiten,  
18 •, ISBN 3-89771-737-9

Die nunmehr 200-jährige Kontinuität völkisch-faschistischer Ideologie muss die nachhaltige, widerständige und aktuelle Analyse herausfordern - in theoretischer, aber auch in praktischpolitischer Absicht.

In der Tat schärft die neuere Faschismusforschung den Blick dafür, wie sich völkisch-faschistisches Denken heute transformiert hat, wie es sich auf verschiedenen gesellschaftlichen Ebenen etabliert und Politik und Denken vereinigen kann.

Im vorliegenden Band wird der Bogen von der generischen Faschismustheorie über eingehende Einzelanalysen und Fallstudien bis zu Aspekten einer europäischen Lager-Mentalität geschlagen, die sich ‚rechten‘ Visionen öffnet.

Mit Beiträgen von *Martin Dietzsch, Roger Griffin, Heiko Kauffmann, Helmut Kellershohn, Ute Kurzbein, Kurt Lenk, Stefanie Mayer, Marei Pelzer, Ulrich Prehn, Volker Weiß und Moshe Zuckermann.*

Koalition käme „nur mit Demokraten, also nicht mit der Linkspartei“ infrage, hat man inzwischen auf Totschweigen „umgestellt“, wie Luhmann sagen würde, also „umgestellt“ auf Normalisierung der Gespenster. Wessen Gehirn nicht glatt hegemonial funktionieren kann, dem oder der wird das gespenstisch vorkommen. Vor 18 Jahren schrieb ich für das damalige „Grün-alternative Jahrbuch“ einen Essay mit dem Titel „Warum die Große Angst vor der Großen Koalition?“ Es ging damals um die ersten rot-grünen Koalitionen auf Länderebene, zu deren stärksten Katalysatoren die wirkliche oder vorgeschobene Angst der Grünen, vor allem der Realos, aber bereits auch der Linken, vor dem Gespenst der Großen Koalition zählte. Ich versuchte, den strukturellen und funktionalen Ort der Großen Koalition im hegemonialen System des westdeutschen binären Regierbarkeitsparlamentarismus (Rechts-Links-Mitte-Extreme-System) zu bestimmen. Ich zitiere einige Ausschnitte [vgl. Erwin Jurtschitsch u.a. (Hg.), *Grünes & Alternatives Jahrbuch 1988*, Köln (Kölner Volksblatt Verlag) 1988, 231-244 (Zitate 231, 234)]:

„Mit schöner Regelmäßigkeit taucht in den Medien seit dem Aufstieg der Grünen das Gespenst der Großen Koalition auf. Hier eine (unvollständige Chronik – [von der ich jetzt nur den ersten Beleg zitiere]): „Loderer (IG Metall): Noch leben wir nicht in Weimarer Verhältnissen. Noch haben wir absolut stabile demokratische Mehrheiten. Ob sich das ändert – ich hoffe es nicht. Noch regieren wir nicht mit Notverordnungen. Zum Glück haben wir noch keine 7 Millionen Arbeitslose. Und selbst dann, aber auch nur dann, haben wir die Möglichkeit der Großen Koalition für den Fall, daß alle Stricke reißen.“ (WAZ v. 12.8.1982)

Aus diesem wie aus vielen ähnlichen Belegen ergab sich als Funktion der Großen Koalition (auf Bundesebene) eben die einer „Notbremse“, eines Notstandsregimes. Ich erläuterte dann den Hegemonie-Begriff von Antonio Gramsci, der seinerzeit von Peter Glotz gehijackt und total unkenntlich gemacht worden war, indem er Hegemonie mit parlamentarischer Mehrheit gleichsetzte. Als ob nicht gerade der „Grundkonsens“ einer linken und einer rechten „Mitte“ und ihr binärer Wechsel den Kern der Hegemonie unserer Mini-Demokratie ausmachen würde. Ich schrieb:

„Nicht bloß die jeweilige Partei an der Regierung, sondern immer beide

Großparteien, gerade auch die *faire Opposition*, tragen die Hegemonie mit. [...] Man kann es auch so sagen: Egal welche der beiden Großparteien an der Macht in Bonn ist – tiefenstrukturell gesehen besteht stets eine Große Koalition in Fragen hegemonialer Essentials [wozu ich insbesondere das Akkumulationsregime mit Privateigentum an Großunternehmen, die institutionelle Sozialpartnerschaft sowie die G7-Rolle und das militärische Bündnis der NATO rechnete].“

Auch diese These ließ sich durch hegemoniale Äußerungen belegen – ich zitierte den Chefredakteur der „Zeit“, Robert Leicht, der von einer „Großen Koalition der Mentalitäten“ gesprochen hatte, die kontinuierlich auch ohne formelle Große Koalition bestünde. Diese tiefenstrukturelle Große Koalition, auch „Grundkonsens“ genannt und seither teils „Große Sachkoalition“, teils „Große Verantwortungs-Koalition“ getauft, erwies sich seit nunmehr fast zwei Jahrzehnten als noch viel stärker und flexibler, als ich es damals für möglich gehalten hätte. Allerdings bedeutete der Kollaps des Ostblocks ein historisches Mega-Ereignis, das dem westlichen Typ von Hegemonie das unschätzbare Geschenk der symbolischen Alternativlosigkeit bescherte und seine Flexibilität dadurch ins nahezu Unbegrenzte steigerte.

Meine damalige Analyse war für grüne Leserinnen gedacht, die nach einer nicht-hegemonialen Strategie und Taktik nicht einfach in, sondern gegenüber der „politischen Landschaft“ Links-Rechts-Mitte-Extreme suchten. Seit dem Ja und Amen auch der linken Grünen zum NATO-Krieg von 1999 (bestätigt durch ihre Zustimmung zu den Besatzungsregimen der Bundeswehr im Kosovo und in Afghanistan) sind die Grünen als Partei definitiv hegemonial geworden und also prinzipiell jederzeit für Jamaica oder Schwarzgrün tauglich.

Was nun die Linkspartei betrifft, so gilt für ihren PDS-Flügel etwa das gleiche wie damals für die grünen Realos: Ihre Führer lechzen nach Rot-Rot-Grün und würden auch den Preis (NATO, G7, Hartz-Reformen) dafür zahlen. Demgegenüber ist der WASG-Flügel noch so unübersichtlich wie damals die linken und „alternativen“ Grünen (von denen nur noch ein allerdings auch inzwischen fragmentierter Christian Ströbele übrig ist). Klar ist ferner, dass die WASG die PDS-Augenhöhe einzig durch Lafon-

taines Prestige und Medienversiertheit erreicht hat. Lafontaine macht absolut keinen Hehl daraus, dass er sozialpolitisch für ein links-keynesianisches, also klassisch sozialdemokratisches Umverteilungs- und Kompensations-Konzept eintritt. Damit wird er allerdings inzwischen von den bestallten Sprechern der Hegemonie aller anderen Parteien ins symbolische „Abseits“ gestellt. Diese Ausgrenzung erscheint rätselhaft und sachlich unbegründet. Eher schon fällt sein Leitmotiv „gegen die Verteidigung der Bundesrepublik am Hindukusch“ tatsächlich aus der Hegemonie heraus. Dennoch erschiene seine Stigmatisierung als „MLer“ durch den Ex-Kumpel Müntefering als derartig grotesk, dass man sich in einem schlechten Kabarett zu befinden glaubte, falls nicht...

Falls nicht hinter den Kulissen der Präsentation dieser Großen Koalition II doch eine Notstands-Diagnose schwelte. Wie begründete Köhler die Neuwahlen? „Unser Land steht vor gewaltigen Aufgaben. Unsere Zukunft und die unserer Kinder stehen auf dem Spiel. Millionen von Menschen sind arbeitslos, viele seit Jahren. Die Haushalte des Bundes und der Länder sind in einer nie da gewesenen, kritischen Lage. Die bestehende föderale Ordnung ist überholt. Wir haben zu wenig Kinder, und wir werden immer älter. Und wir müssen uns im weltweiten, scharfen Wettbewerb be-

haupten.“ Robert Leicht („Die Zeit“ 28.7.2005) fand die Berufung einiger Kommentatoren auf den Notstandstheoretiker Carl Schmitt in diesem Kontext lächerlich und schrieb: „Von Notstand keine Spur – auch keine von Notstandsrhetorik.“ Das würde bedeuten, dass sich tatsächlich nur „der Wähler“ frei für ein Gespenst entschieden hätte, das laut Umfragen er selbst und auch sonst niemand will und das massiv gegen die Spielregeln unserer binären Minimal-Demokratie verstößt – jedenfalls in normalen Zeiten. Wie normal unsere Zeiten also wirklich sind, darauf läuft schließlich alles hinaus. Hat Schröder die Neuwahl bloß im besoffenen Kopp (so wie offenbar bei seinem Auftritt am Wahlabend) erzwungen? Hat auch Lafontaine seinen immerhin spektakulären und nicht als „demokratisch“ anerkannten Coup wirklich in eine „normale politische Landschaft“ hineingesetzt? Oder werden wir in einigen Monaten oder spätestens übers Jahr eine ebenso spektakuläre Änderung der bei ihrem Start tatsächlich peinlich in der Normalität gehaltenen Tonart dieser Großen Koalition II erleben?

Es sieht so aus, als ob Lafontaine genau damit rechnen würde und für diesen Fall als Alternative zur NPD & Co. ein linkes Auffangbecken für verzweifelte Massenproliferationen parat halten möchte. Für die Möglichkeit ei-

nes „normalen“ Managements der Krise spricht allerdings die ungebrochene Stärke des binären Links-Rechts-Spiels, wie sie sich im Wahlergebnis gezeigt hat: Dass die Linkspartei nach den Umfragen von 12 auf 8 Prozent einbrach, zeigt die Stärke des hegemonialen Reflexes vom „kleineren Übel“. Diesmal wählten die in der Hegemonie verfangenen Schlaumeier sogar das jeweils „kleinere Übel im kleineren Übel“ (also rechts FDP und links Grüne), also das „kleinere Übel hoch zwei“. Die Große Koalition sollte allerdings gerade für diese Schlaumeier eine herbe narzißtische Kränkung bedeuten.

Fazit: Ob diese Koalition sich noch an ihre systemisch vergesehene Notstandsfunktion annähert oder nicht – dringend ist in jedem Fall die breitere Information über die Spielregeln unserer normalistischen, binären Minimal- und Regierbarkeits-Demokratie in ihren beiden möglichen Aggregatzuständen – und dringend ist so etwas wie eine neue APO, um die Linkspartei wenigstens die erste Zeit als ein nicht-hegemoniales politisches Instrument zu bewahren, falls doch noch „Not am Mann“ erklärt werden sollte.

### Innere Unsicherheit

## Was kommt nach Schily?

Thomas Kunz

Otto Schily geht - und die Frage, welche Politik der Inneren Sicherheit wohl nach ihm komme, treibt nun nicht nur Journalisten um. Die Frage ist allerdings aus anderen Gründen interessant, als dies die meisten Nachrufe nahe legen. Denn was ist unter „was“ zu verstehen? Die interessierte Öffentlichkeit orakelt über den designierten Nachfolger Schäuble und dessen zukünftige Sicherheitspolitik. Der Witz, den die FRANKFURTER RUNDSCHAU am 14.10.2005 kolportierte, „Was erwarten die Grünen, wenn Wolfgang Schäuble tatsächlich Innenminister werden sollte? Einen Linksruck“, mag da belustigen, führt aber in die Irre. Die Formulierung unterstellt nämlich,

Schily - der rote Ex-Grüne - habe eine viel konservativere und repressivere Sicherheitspolitik betrieben, als die, die nun von Schäuble zu erwarten sei. Doch diese Sicht bedient nur die Eitelkeit und Überheblichkeit des Noch-Ministers Schily und verkennt mehrere Aspekte, die eine Wahrnehmung der Inneren Sicherheitspolitik der letzten Jahre als Schilys Alleinverdienst doch erheblich relativieren und vielmehr die politische Mitverantwortung gerade auch der Grünen mit in den Blick rücken.

Mögen die Schmerzensschreie der Grünen auch an dieser Stelle etwas vernehmbarer gewesen sein, als in manch anderem Politikfeld - Fakt

ist: die Politik der Inneren Sicherheit der letzten sieben Jahre wurde von einer rot-grünen Regierungskoalition auf Basis einer rot-grünen Parlamentsmehrheit betrieben. Sie war gerade *nicht* die Einzeltat des „großen Schily“: das rot-grüne Regierungsbündnis wusste die Kontinuität einer repressiv-rassistischen Sicherheitspolitik à la Kanther wider alle Erwartungen auf der linken und entgegen den Befürchtungen auf der rechten Seite des politischen Spektrums zu gewährleisten. Die *große Koalition* wurde in diesem wichtigen Politikfeld schon längst praktiziert, ja vorweggenommen und erfolgreich erprobt - personifiziert in der männerbündelnden Achse Schily-

Beckstein: Sicherheitshaft für sog. gefährliche Ausländer, biometrische Daten auf Ausweisen, überhaupt die weitere Inanspruchnahme des Ausländerrechtes zur „Terror“bekämpfung - diametrale Gegensätze schieben und scheinen zwischen SPD und CDU hier nicht zu bestehen. Die rhetorische Inanspruchnahme eines nationalkollektiven Sicherheitsbedürfnisses ebenso wie die neorassistisch unterlegten Bebilderungen und Personifizierungen heraufbeschworener Bedrohungssituationen in Gestalt der bösen Ausländer haben eine Verbreitung gefunden, die über Parteigrenzen, zumal die der sog. großen Volksparteien hinweg verläuft.

Sicherheitspolitik unter Schäuble könnte zwar im Vorgriff durchaus als im Vergleich dazu gemäßigt kolportiert werden - abzuwarten bleibt freilich, wie sie tatsächlich aussehen wird. Aber dies wäre kein Indiz für eine größere Liberalität im Vergleich zur Politik in der Ära Schily. Schäuble kann sich vielmehr entspannt zurücklehnen, weil bereits in den vergangenen Jahren gute Vorarbeit geleistet wurde.

Hier ist auf eine Erkenntnis zu verweisen, die bereits 1999 im DISS-Journal unter der Überschrift „Das erschöpfte Boot. Otto Schily und die Einwanderer“ zu lesen war: „Diskurse, einmal etabliert, brechen nicht einfach ab, wenn die Regierung wechselt.“ (DISS-Journal 3/1999). Dies gilt auch für die Politik nach Schily.

Was folgt für die Kritik an der Inneren Sicherheitspolitik angesichts der längst bestehenden Großen Sicherheitskoalition, an der die Grünen bislang zumindest mitbeteiligt waren? Welche Kritik ist zu artikulieren, wenn sich die parlamentarischen Bezugspunkte und Ansprechpartner-*Innen* für ein kritisches, außerparlamentarisches Bewegungsspektrum in den vergangenen sieben Jahren als untauglich - und als Enttäuschung erwiesen haben? Wie kann - angesichts der ernüchternden Erfahrung von Rot-Grün - eine Kritik an der Inneren Sicherheitspolitik aussehen?

Zwar bemühen sich die Grünen prompt wieder - kaum nach ihrem Abschied, sich als Hüter der Bürgerrechte und als *die* linksliberalen Garanten der Grund- und Bürgerrechte zu profilieren. Dabei zeichnete sich das rot-grüne Projekt ja gerade dadurch aus, dass die Grünen insbesondere im Bereich Innere Sicherheit so manche Kröte schluckten, dass beide Partner diese Politik um den Preis des Koalitionsfriedens immer mitgetragen haben - wenn auch mit Zähneknirschen - aber Zähneknirschen ist zu wenig, um als Gegner einer solchen Politik zu gelten.

Die Fixierung auf Schily lässt die Grünen deshalb irrigerweise in einem Oppositionslicht erscheinen und sitzt insofern den Parteistrategen auf. Dass Schily Kanther noch rechts überholte, war zwar unerwartet, taugte aber nur zu Beginn der Regierungszeit von Rot-Grün zum Skandalon. Vielmehr wäre das Frohlocken des bürgerrechtsorientierten Spektrums zu hinterfragen, das den Wahlsieg von Rot-Grün begleitete und das zunehmend der Ernüchterung wich. Nun kommt Schäuble (wieder). Damit scheinen die politischen Koordinaten auf den ersten Blick wieder zu stimmen: Innere Sicherheitspolitik wird wieder von Konservativen

gemacht. Die Grünen hoffen damit zugleich, ihren alten Platz - vorübergehend - einfach wieder einnehmen zu können. Diesen eleganten Positionswechsel sollte man indes nicht mitvollziehen. Die grüne Partei hat sich in den vergangenen Jahren von ihrer Restbewegungsbasis emanzipiert, hat sich neoliberalisiert und will nun - zum Wohle dieses Landes - nicht nur „gute“ Oppositionsarbeit leisten, sondern endlich auch schwarz-grün-fähig werden.

Insofern bleibt zu hoffen, dass sich die verbliebenen kritischen Potenziale in Gestalt eines außerparlamentarischen Restbewegungsmilieus endlich auch von den Rockschößeln der Grünen emanzipieren. Denn diese fallen als Hoffnungsträger künftiger Kritik aus, weil sie bereits enttäuscht haben.

Der jetzige Wechsel ist - so betrachtet - keine Zäsur im Hinblick auf die Qualität der zukünftigen Inneren Sicherheitspolitik, denn diese Zäsur hat mit dem Dienstantritt der rot-grünen Koalition in unerwarteter Weise bereits stattgefunden: Vor dem Auge des kritischen Beobachters etablierten sich Teile der vormalig außerparlamentarischen Opposition und der Neuen Sozialen Bewegungen, die ihren Frieden mit dem ehemals kritisierten System - und fortan Regierungspolitik, d.h. auch Innere Sicherheitspolitik machten. Es war maßgeblich eine staatstragende, rot-grüne Sicherheits-, Zuzugsbegrenzungs- und Abschiebepolitik - und das kann Schäuble nur freuen.

Die interessante Frage lautet deshalb nicht: „Was kommt nach Schily?“ als vielmehr: „Opposition, where are you?“

## Humoroffensive mit Heuschrecken

# Die „Straßenjagd auf asoziale Marktradikale“ findet nicht statt

Jobst Paul

„Nach Einschätzung des Göttinger Politikwissenschaftlers Franz Walter gehörte es zu Münteferings Konzept, den Kapitalismus frontal zu kritisieren, aber daraus keine konkrete Politik abzuleiten.“ (FAZ 1.5.2005, S. 1)

Ich bekenne - mir selbst als todernster Experte für Tiere bekannt, die in der Ethik herumlaufen -, dass ich während der TV-Nachrichten zu Münteferings „Heuschrecken“-Attache vom April 2005 herzlich gelacht habe. Ich muss mich danach allerdings sehr erschrocken haben,

witterte einen black-out, der Konsequenzen haben müsse, dann die Chance zur Verfeinerung der instituts-eigenen Analyse-Instrumente - und ging dann doch beruhigt zu Bett. Ein ähnliches Wechselbad hat wohl auch der Unternehmensberater Roland Berger durchgemacht, der unter

dem unmittelbaren Eindruck der Attacke an eine Terroristenbewegung dachte: „Wenn Unternehmenspersönlichkeiten öffentlich verurteilt werden, muß man sich nicht wundern, wenn irgendwelche Verrückten schließlich RAF spielen.“ (FAZ 1.5.05, S. 1) Dem Fraktionsvizevorsitzenden der CDU im Bundestag, Ronald Poffalla, entfuhr unwillkürlich eine Gegensalve: „Müntefering ist ein Neandertaler-Sozialist“ (FAZ 1.5.05, S. 1). Robert Leicht (ZEIT, 16/05: *Müntefering beschimpft die Heuschrecken, Schröder will sie füttern*) schlug sich an den Kopf beim Gedanken, wie man solche Schlagworte, d.h. die Heuschrecken „hinterher wieder einfangen und verschlucken kann“. Und Holger Steltzner (FAZ, 3.5.05) malte sich Genossen aus, die nun „zur Straßeljagd auf asoziale Marktradikale“ blasen könnten.

Damit war der Schock aber schon weitgehend überstanden, und er hat danach auch keine Rolle mehr gespielt. Die kulturell-politisch-mediale Intelligenz, die ökonomisch-politisch-mediale Intelligenz, die mediale Intelligenz selbst und der Wirtschaftsstandort Deutschland wetteiferten stattdessen unversehens um die originellste Nuance des „Heuschrecken“-Motivs im Sinn einer freundlichen Übernahme: Im Blätterwald donnerte das Echo eines homerischen Gelächters: Im Namen der ‚Heuschrecken‘ – Die ‚Heuschrecken‘ wehren sich – Vom Nutzen der Heuschrecken – Primacom kämpft gegen die Heuschrecken – Primacom: Sieg gegen Heuschrecken in Sicht – bmp setzt auf ‚Heuschrecken‘ – metro hofft auf Heuschrecken ...

Ein Internet-Anbieter (Auto.de) sponserte ein schnell programmiertes Internet-Heuschrecken-Abschuss-Game mit Franz Müntefering als Chef der Aktion auf der Startseite - und belebte damit die zwischenzeitlich eingeschlafene Kultur des virtuellen Abschusses von Hühnern ([http://www.games.de/flash\\_games/heuschrecken/frameset.htm](http://www.games.de/flash_games/heuschrecken/frameset.htm)).

Ulrich W. Sahm googelte sich für seinen Artikel vom 3. 5. 05 auf n-tv eine internationale Kultur des Heuschrecken-Verzehrs zusammen und fügte den rechtlichen Hinweis hinzu, dass die Homepage des empfohlenen „Suppentüten-Herstellers ... keine Garantie für die Verträglichkeit der dargebotenen Rezepte“ übernehme, weil „sich noch kein Investor gefunden hat, Heuschrecken als Schnell-

kost in Tütenform für Deutschland zu produzieren“. An die Spitze seiner Empfehlungen stellte er allerdings den Fund aus einem „jemenitisch-jüdischen Kochbuch“ und gab dessen Warnung „Nicht alle sind koscher“ in der Titelzeile sofort an die Bevölkerung weiter.

Das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit (BMU) veröffentlichte eine Pressemitteilung (*Wie gefährdet sind die Heuschrecken in Deutschland?*), in der vor dem Aussterben von 12 von 84 deutschen Heuschrecken-Arten gewarnt wurde. Weiter heißt es: „Aus Sicht des internationalen Artenschutzes haben drei der heimischen Heuschreckenarten bedeutende Teile ihres Weltbestandes oder sogar ihren Verbreitungsschwerpunkt in Deutschland, weitere acht Arten leben bei uns in isolierten Populationen. Für ihren Erhalt trägt Deutschland darum eine besondere Verantwortung. Solche Erkenntnisse helfen, beim Heuschreckenschutz bundesweit Prioritäten zu setzen.“ Mit der Pressemitteilung erinnerte sich das Ministerium an die verschollenen Ergebnisse einer Publikation aus dem Jahr 2002<sup>1</sup>: Ein Mitarbeiter hatte wohl für den Zweck des Tages „in den Ergebnissen“ des Hauses gekramt – und Humor bewiesen.

Und der wirkte international ansteckend: Die *New York Times* berichtete am 5.5.05 von einer „locust-list“ des deutschen SPD-Planungsstabes. In einem sauerländischen Englisch, das sich vor Leidenschaftslosigkeit kaum auf den Beinen halten konnte, ließ man Müntefering aus BILD von Investoren sprechen, die „stay anonymous, have no face, fall upon companies like locusts, devour them and move on.“ [„Sie bleiben anonym, haben kein Gesicht, fallen wie Heuschreckenschwärme über Unternehmen her, grasen sie ab und ziehen weiter.“]

Was war geschehen? Hatte Müntefering das Schwarze Loch der Stereotypenforschung getroffen?

Das ‚Heuschrecken‘-Motiv erfüllte im Grunde alle Bedingungen, die an ein ausgewachsenes ‚Tier‘-Konstrukt zu stellen sind. In der Kampagne wurde die Nur-Trieb-Metaphorik freilich nur

bruchstückhaft realisiert: Müntefering und die medialen Ausmalungen beschränkten sich auf die Motivik des ständigen Nur-Fressens („ein von angelsächsischen Finanzheuschrecken zerfressenes Unternehmen“ – FAZ, 3.5.05), während die Motivik der ständigen Nur-Fortpflanzung und gar die der ständigen - Nur-Verdauung ganz gemieden wurde. Im Kontext des Ausgrenzungsdiskurses signalisiert diese Beschränkung die ‚Nähe‘, das gemeinsame Lebensumfeld zwischen den Sprechern und denen, die sie treffen wollen: Eine zu unappetitliche Beschreibung dieses Umfelds könnte auf die Sprecher abfärben.

Die mediale Ausbeutung spitzte diese Komponente ausdrücklich zu, indem sie das Fress-Motiv sogar umkehrte und an Heuschrecken als Human-Delikatesse erinnere: ‚Wir‘ und ‚Sie‘ frönen offenbar derselben Leidenschaft: Gerhard Schröder kann das so gut verstehen, dass er gar zur Fütterung schreitet (*Schröder will sie füttern*): Der ursprünglich aggressive Mensch-Tier-Topos hat sich hier verflüchtigt: aus übermächtigen Raubinsekten sind reale Tiere geworden. Doch gemacht: Zoo-, Haus-, oder Wald- und Wiesentiere?

Im Zusammenhang der Nähe-Debatte, die über das Vehikel der Kampagne geführt wurde, muss diese Frage die Beteiligten durchaus umgetrieben haben: Münteferings biblischer Gattung der *Schistocera gregaria* stellte das *Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit* die Batterie heimischer Heuschrecken gegenüber, die es kräftig zu füttern gelte, und verbalisierte damit vielleicht genau den Hintergedanken, den die Öffentlichkeit an Münteferings Heuschrecken-Metapher so unterhaltsam fand.

Der Analytiker kann aufatmen: Das Gelächter über gemeinsame Laster, über gemeinsame Regression sozusagen – biblische Strafe hin oder her, man lebt nur einmal –, ordnet die Kampagne von allein der Gattung der freundschaftlichen Beleidigungen zu. Und die wollen gekonnt sein.

1 Maas, S., Detzel, P. und Staudt, A. (2002): Gefährdungsanalyse der Heuschrecken Deutschlands - Verbreitungsatlas, Gefährdungseinstufung und Schutzkonzepte.



BRAVO-Poster, Vorder- und Rückseite

## Das „tragende Bekenntnis“ Globalisierung und Jugendmarketing

*Jobst Paul*

In einer Presseerklärung des Malteser-Hilfsdienstes charakterisierte dessen Präsident, Johannes Freiherr Heereman von Zuydtwyck, die Befindlichkeit der Teilnehmer des Weltjugendtages in Köln aus der nüchternen Sicht eines Fachmannes: „Die jugendlichen Pilger pflegen eine zivilisierte Eventkultur“. Das klang eher nach Ende, denn als Aufbruch.

Als Chef der *Ordensholding Deutsche Malteser gGmbH* und verantwortlich für Kommunikation, Public Relations und Social Marketing ließ Heereman anklingen, dass die öffentliche Wahrnehmung des Treffens als ‚Event‘ nicht täuschte: Das „kraftvolle Zeugnis für den Glauben als Quelle echter Freude“, und wäre es auch nur das unbekannte Wesen, wurde bewusst mit den Strukturen der säkularen *Massenevent*-Kultur verwoben. Die fließenden Übergänge aber stellten es nicht nur den Teilnehmern, sondern auch der Öffentlichkeit frei, die allgemeine Begeisterung eher dem „Gla-

uben“ oder dem „Festival“ zuzuschlagen.

Die Assoziation zwischen beiden schafft die ‚Weltkirche‘ zwar als mediale, aber doch nur als virtuelle Massenkultur. Johannes Paul II., auf den sie zugeschnitten war, konnte ihr durch seine Person Symbole von Inhalt und Konflikt, von Realität und irdischer Geschichte geben - solange es eben ging. Als die kirchliche Medienregie ihn selbst, in der Agonie, als Symbol inszenierte, zeigte die Konzeption allerdings ihre unerbittliche Seite. In der öffentlichen Metapher vom ‚Superstar‘ für den Auftritt des neuen Papstes, als Benedikt XVI., in Köln, die nicht auf kirchlichen Widerspruch getroffen ist, schwingt nun schon die Sinnfrage mit. Was sind längerfristige Perspektiven einer kirchlichen Strategie der ‚Assoziation‘ von religiöser und säkularer Massenkultur? Könnte die Umarmung der ‚Welt‘ diese noch einmal in die Re-Katholisierung und Re-Dogmatisierung zurückzwin-

gen? Wahrscheinlicher ist, dass das Spiel im Wettlauf zwischen evangelikalen, katholischen und vielleicht anderen Eventkulturen zuvor entgleitet und in fanatisierte Eventkultur umschlägt. Kurz: Das Konzept ist unverantwortlich und kurzsichtig.

In Köln schrumpfte es zum Handel zwischen ‚Welt‘ und ‚Kirche‘ auf Gegenseitigkeit, in die Jagdgründe des jeweils anderen vorzudringen. Die Kirche bewegte sich in die ‚Star‘- und ‚Superstar‘-Segmente des Jugendmarkts, während das Jugendmarketing seine immense Produktpalette ins Umfeld religiös-moralischer ‚Sauberkeit‘ schleuste. Der neue Herausgeber des Jugendblattes BRAVO (Bauer-Verlag), Tom Junkersdorf, landete einen Coup, als er das übliche Pinup-XXL-Einleg-Plakat der Augustnummer 34 nicht mit Girlies und Groupies und Boy-Groups versah, sondern mit einem sorgfältig komponierten Papst-Pinup vor azurblauem Himmel mit Wölkchen: Fingerring und



Kruzifix wurden mit Glanzsternen versehen, die Frisur wurde in Façon gebracht, der Papst lächelt angestrengt - und hat irgendjemanden im Visier. „Erst widmet sich das Doktor-Sommer-Team Tinas Problem mit dem Analsex, ein paar Seiten weiter werden die Jugendlichen mit dem 80 x 55 cm großen Bild des Ponifex an ihren Glauben erinnert.“ (taz 18.1.2005)

Als Gründe gibt Junkersdorf in einer Presseerklärung an, Benedikt XVI. sei für viele Jugendlichen ein Star und sei ein deutscher Papst, zum ersten Mal nach 482 Jahren. Als dritten Aspekt nennt der Chefredakteur dann die Tatsache, dass BRAVO „als Europas größte Jugendzeitschrift“ den „Hunderttausenden, die nach Köln pilgern, das Megaposter zum Event“ mitgebe. Damit diese das Produkt BRAVO kennen lernen und sich über dessen Natur keinen Zweifeln hingeben müssen, ließ Junkersdorf das Megaposter erstmals beidseitig bedrucken: Das Kontrastprogramm bildet die Boy-Group US5, Gewinner der RTL II-Show *Big in America*, eine Versammlung von geölten 15-Jährigen, die am Strand posiert. Im Innern der BRAVO-Nummer lässt Junkersdorf schließlich eine Ansammlung weiterer ‚Stars‘ mit ultrakurzen Statements zum neuen Kollegen zu Wort kommen. Nur einer, Orlando Bloom, Darsteller in *Monumental Schinken*, outet sich als religiös – kann aber mit dem neuen Papst nichts anfangen.

Die ‚Katholifizierung‘ von BRAVO selbst macht zumindest vorläufig geringe Fortschritte – der Weltjugendtag war für das Blatt nur das „Event der Woche“. Doch hat die Chefredaktion den potenziellen Zugang zu hunderttausenden, bisher unerreichbaren Jugendlichen erhalten, während im Gegenzug der Papst den potenziellen Weg in deren Wohnlandschaften antritt. Ein Zeitzeuge fragte im Internet: „Dürfen – nach dem Kruzifixverbot - Bravo-Poster von Benedikt in deutsche Klassenzimmer gehängt werden?“

Auf eine Kooperation größeren Ausmaßes, die Jugend und Religion mit der Kategorie Nation verknüpfte, kann BILD zurückblicken. Der – recht überschaubare – Ver-

band *junger Verleger und Produzenten e. V.*, der für die Potenziale des Jugendmarketing wirbt, lobte die Kooperation zwischen BILD und der *Weltjugendtag gGmbH*: „„Bild“ hat gezeigt, wie man eines der größten Jugendevents für erfolgreiches Marketing nutzt: allein 500.000 Kult-Sticker brachte die Boulevardzeitung unters Volk.“

Wie dies und anderes zugeht, beschrieb die BILD-Presseabteilung selbst:

„Wir sind Papst“ titelte BILD am 20. April 2005 anlässlich der Wahl von Kardinal Ratzinger zum neuen Papst. Die Schlagzeile war sofort Kult. BILD, offizieller Medienpartner des Weltjugendtages 2005, verteilt deshalb in Köln 500 000 Anstecker mit dieser Schlagzeile und dem berühmten Bild von Papst Benedikt XVI., das ihn auf dem Balkon des Vatikans unmittelbar nach der Wahl zeigt. Die Aktion wird gemeinsam mit dem Weltjugendtag realisiert, dessen offizielles Logo auch auf der Plakette zu sehen ist. Die Verteilung startet am 16. August 2005 an den Infopoints und Registrierstellen der Veranstaltung sowie durch zahlreiche Promotion-Teams in der gesamten Stadt. Außerdem erhält in Köln jeder BILD-Käufer am Kiosk zur Zeitung den Sticker.

„Eine ganz tolle Aktion. Einen Anstecker habe ich schon zu Hause, den zweiten werde ich gleich verschenken“, findet der Kölner Kardinal Meisner. BILD-Chefredakteur Kai Diekmann: „Die Schlagzeile ‚Wir sind Papst‘ drückt das Gefühl der Freude aus, das zahllose Menschen in unserem Land empfanden, als nach fast 500 Jahren wieder ein Deutscher zum Oberhaupt der katholischen Kirche gewählt wurde. Daß diese Freudenbotschaft solchen Anklang gefunden hat und auf dem Weltjugendtag überall präsent ist, macht uns stolz.“ Um das Treffen der jungen Christen zu unterstützen, belegen BILD und der Weltjugendtag gemeinsam 150 Großflächen in Köln mit Willkommensplakaten. Darüber hinaus schaltet BILD eine flächendeckende City-Light-Plakatkampagne in der Stadt unter dem Slogan „D'r Papst kütt.“ Außerdem können die Teilnehmer auf 150 000 freifran-

kierten Postkarten mit der „Wir sind Papst“-Titelseite, die BILD gemeinsam mit der Deutschen Post kostenlos verteilt, Grüße nach Hause schicken.“

Eher beiläufig gerät hier ein Segment des Jugendmarketing in den Blick, das beim Kölner Mega-Event sichtbar war, ohne wirklich gesehen zu werden. Wie für andere Dienstleistungen, etwa für Kommunikation, Verkehr und Catering, hat die *Weltjugendtag gGmbH* auch für den Merchandising-Bereich eigene Exklusiv-Verträge abgeschlossen. Für die Versorgung mit Kerzen bekam die Engels Kerzen GmbH, Kempen, den exklusiven Zuschlag. Für die Welt der Sticker, T-Shirts u. a. m. zeichnete die henze team GmbH mit Sitz in Fellbach und einer Niederlassung u. a. in Düsseldorf verantwortlich.

Das Unternehmen sieht sich als ‚Nr. 1 im Werbeartikel-Fullservice‘ und versorgt Firmen wie die Heidelberger Druckmaschinen AG, MAN und AEG mit firmenspezifischen Merchandising-Selections. Seine führende Stellung verdankt henze team GmbH nach eigenen Angaben vor allem der Suche nach preisgünstigen Herstellern überall auf der Welt. Für das Sortiment des Merchandising-Shop des Weltjugendtreffens wählte das henze team u. a. ein Schlüsselband (Lanyard) mit der Produkt-Beschreibung: „Tragendes Bekenntnis und multifunktionales Accessoire mit hohem Gebrauchsnutzen, mit Karabinerhaken und Plastikverschluss, Sicherheitverschluss im Nacken, einzeln verpackt im Polybeutel“. Weltmarktführer in der Herstellung von Schlüsselbändern nach Kundenwünschen ist offenbar die Volksrepublik China. Mit dem „tragenden Bekenntnis“ zu Haustürschlüssel oder Kruzifix hat das henze team nicht nur – vor BILD – den Punkt getroffen, sondern lässt kirchliche Strategien vor Globalisierung und Jugendmarketing still in die Knie sinken.



# Ablass & Kondome

Eigens für den Weltjugendtag hatte der neue Papst, „unser“ Benedikt, ein nettes Geschenk ausgesucht und per Dekret vorausgeschickt. Demzufolge durften jene Gläubigen einen vollkommenen Ablass erwarten, die mit entsprechender Gesinnung an einer Veranstaltung und am Abschlussgottesdienst des Treffens teilnehmen würden. Mein Gott, und das im 21. Jahrhundert, wird sich so mancher gedacht haben. Verbindet doch der aufgeklärte Mensch den Ablass, diesen von Luther so gescholtenen „Kuhhandel mit Gott“, mit dem finsternen Mittelalter, von dem er glaubt, dass es sich hierbei glücklicherweise um eine längst abgeschlossene Epoche handelt. Kreuzzüge, Inquisition, Hexenverfolgung usw. – die Litanei der Übel ist lang, die in diesem Zusammenhang immer wieder herunter geleiert wird.

Man muss nicht ein zum Katholizismus bekehrter Romantiker sein, um diese Sichtweise für wenig plausibel zu halten. Schließlich ließe sich eine ähnliche Liste auch für

das 20. Jahrhundert erstellen und das Ausmaß der in diesem Zusammenhang anzusprechenden Übel kann sich sehen lassen. Man muss aber auch nicht nüchtern denkender Volkswirt bei der Deutschen Bank sein, um beim Stichwort „Kuhhandel“ hellhörig zu werden. Sollten etwa in der Theologie Dinge abgehandelt werden, die gleichermaßen auch für Ökonomen von Interesse sind?

Zunächst sei jedoch vor einem Missverständnis gewarnt, das diesseits des Weißwurstäquators recht häufig verbreitet ist: Beim Ablass handelt sich nicht um eine Vergebung der Sünden. Diese kann nur Gott gewähren, man kann sie sich nicht erkaufen. Da aber jede Sünde unmittelbare und unter Umständen fortdauernde Konsequenzen hat (z.B. bei einem Diebstahl), ist es mit der Vergebung, die im Bußsakrament ausgesprochen wird, allein nicht getan, sondern durch Verrichtung einer ihm auferlegten Buße soll der Sünder die Einsicht in sein schuldhaftes Vergehen

**Susan Arndt und Antje Hornscheidt**  
**Afrika und die deutsche Sprache**  
 Ein kritisches Nachschlagewerk  
 »Pflechtaktrose SPIEGEL ONLINE  
 ISBN: 3-89771-424-8  
 288 S., 16 €

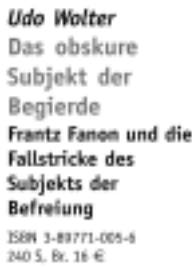


**Susan Arndt (Hg.)**  
**AfrikaBilder**  
 Studien zu Rassismus in Deutschland  
 „...eine innovativ, materialreiche und fundierte kritische Auseinandersetzung...“ *tezz*  
 ISBN 3-89771-407-8  
 464 S., 21 €

**Mito Steyerl, Encarnación Gutiérrez Rodríguez (Hg.)**  
**Spricht die Subalterne deutsch?**  
 Migration und postkoloniale Kritik  
 ISBN 3-89771-425-6  
 296 S., 38 €



**Udo Wolter**  
**Das obscure Subjekt der Begierde**  
 Frantz Fanon und die Fallstricke des Subjekts der Befreiung  
 ISBN 3-89771-005-4  
 240 S., Br. 16 €



**Gozi Caglar**  
**Der Mythos vom Krieg der Zivilisationen.**  
 Eine Replik auf Huntingtons Kampf der Kulturen  
 ISBN 3-89771-414-0  
 190 S., Br. 14 €



**Äneke Winkel**  
**Antiziganismus**  
 Rassismus gegen Roma und Sinti im vereinigten Deutschland  
 ISBN 3-89771-413-4  
 200 S., 34 €



Alle UNRAST-Titel und Bücher aus der Editon DISS sind in Ihrer Buchhandlung erhältlich!

**UNRAST Verlag**  
 Postfach 8020 • 48043 Münster  
 Tel.: (0251) 666-293 Fax: -120  
 ONLINE bestellen:  
 www.unrast-verlag.de






praktisch beweisen. Von diesen zeitlichen Sündenstrafen, die übrigens in der frühen Kirche noch in aller Öffentlichkeit und womöglich über Jahre hinweg durchgesetzt wurden, kann ein Ablass unter bestimmten Bedingungen dispensieren.

Ein zweites ist wichtig: Die Ablasspraxis entstand gegen Ende des 11. Jahrhunderts und wurde dann mit der neuen Lehre vom Fegefeuer (purgatorium) gekoppelt. Im Umgang mit den biblischen Texten ist die katholische Kirche, das hat Luther schon richtig gesehen, immer recht kreativ gewesen. Himmel und Hölle, schön und gut, warum nicht im Jenseits einen Folterraum mit Folterservice für hartnäckige Sünder einrichten? Für diejenigen nämlich, die die zeitlichen Sündenstrafen nicht rechtzeitig bis an ihr Lebensende abgehakt haben. Der Ablass erhielt damit die Funktion, die zeitlichen Sündenstrafen im Fegefeuer zu verkürzen, ein durch und durch rationelles Anliegen, denn wer möchte schon gerne sadistischen Qualen ausgesetzt sein.

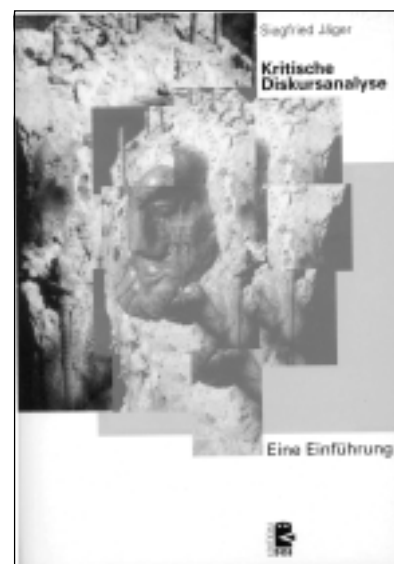
Und hier wird die Sache nun für die Ökonomen interessant. Während die Theologen sich mit der Heilsoökonomie beschäftigen, also den Modalitäten, unter denen Mensch das Heil und die Erlösung erlangen kann, halten sich die Ökonomen eher an das irdische Heilsversprechen, das mit der unendlichen Vermehrung des Reichtums verbunden ist. Im Mittelalter, wo auch derartige profane Anliegen mangels wissenschaftlicher Arbeitsteilung und Spezialisierung von Theologen behandelt werden mussten, war dies zweifellos ein Problem. Denn immerhin war Habgier (avaritia) eine der sieben Todsünden. Wie sollte es also die Kirche mit der Zinsleihe, sprich dem Wucherkapital, halten, in einer Zeit, in der die Geldwirtschaft an Bedeutung gewann?

Jacques Le Goff (*Wucherzins und Höllenqualen. Ökonomie und Religion im Mittelalter*, Stuttgart 1988) hat aufgezeigt, dass es aus der Sicht der Kirche weniger um ein

Verbot des Zinsnehmens ging, als vielmehr um eine Regulierung der Zinshöhe in einer insgesamt traditionellen und noch weitgehend feudalen Gesellschaft. Der Sprengsatz des Wuchers sollte entschärft werden: einerseits durch die Drohkulisse des Fegefeuers für *übertriebenen* Wucher (und – nicht zu vergessen – durch die Ablenkung aggressiver Reaktionen auf das jüdische Wucherkapital), andererseits durch das Zuckerbrot des Ablasses als einer Anweisung auf zukünftigen Straferlass im Jenseits. Auf dieser Basis eines Kompromisses entwickelt sich dann im Spätmittelalter die von Luther so gescholtene Monetarisierung des Ablasses im Ablasshandel, der bekanntlich zu einer wichtigen Einnahmequelle der Kirche wurde. Im Gegensatz zu Luther sehen wir freilich im Ablass eine Meisterleistung katholischer Sozialtechnologie, die versucht auseinanderstrebende Tendenzen wieder zusammenzubinden. Dass dies dann im Frühkapitalismus nicht mehr möglich war, widerspricht dem keineswegs.

Zurück zu Benedikt: der Ablass heute ist weitgehend entmonetarisiert. Sein Kompromisscharakter ist aber weiterhin erkennbar, wenn auch in modifizierter und das heißt vor allem pastoraler, erzieherischer Form. Mit dem Ablass ist es, das sei eingefleischten Protestanten und Atheisten ins Stammbuch geschrieben, wie mit dem Spruch, der in manchen Wohnzimmern an der Wand prangt: „Drei Tage war der Vater krank, nun trinkt er wieder, Gott sei Dank“. Wir geben zu, das kann nur jemand verstehen, für den der wahre Katholik in Köln beheimatet ist. Ablass und Kondome, warum sollte man dafür nicht nach Köln pilgern. Konsequentes Handeln ist etwas für Moralisten aller Couleur, nicht dagegen für den rheinischen Katholizismus (trotz Meissner).

Tünnes



Siegfried Jäger

### Kritische Diskursanalyse. Eine Einführung

Unrast-Verlag, Münster  
Edition DISS Band 3, 4. Auflage,  
404 Seiten, 24 •,  
ISBN 3-89771-732-8

Kritische Diskursanalyse, inspiriert von den Schriften Michel Foucaults und orientiert an kultur- und literaturwissenschaftlichen Analyse- und Interpretationsverfahren, erfreut sich zunehmender Beliebtheit in allen Disziplinen, die mit Texten zu tun haben. Sowohl Pädagoginnen wie Psychologinnen, Sozial-, Sprach- und Literaturwissenschaftlerinnen, Medien- und Kommunikationswissenschaftlerinnen und insbesondere auch Historikerinnen haben inzwischen erfolgreich mit den Vorschlägen, die die Kritische Diskursanalyse enthält, Diskurse analysiert und interpretiert. Das kritische Potential, das dieses Verfahren enthält, macht dieses besonders geeignet, gesellschaftlich brisante Themen zu analysieren, ihre Formen und Inhalte zu problematisieren und zu kritisieren, ungerechtfertigte Wahrheitsansprüche offenzulegen, Widersprüche aufzudecken und die suggestiven Mittel diskursiver Ansprache aufzuzeigen.

## Die extreme Rechte und die Bundestagswahl 2005

Martin Dietzsch

Nach dem spektakulären Wahlerfolg der NPD in Sachsen vom September 2004 waren die Erwartungen bei Mitgliedern und Funktionären hoch gesteckt. Die NPD schmiedete Bündnisse: eine sogenannte „Volksfront“ mit den militanten Neonazis und einen „Pakt“ mit dem ehemaligen Erzfeind Gerhard Frey von der „Deutschen Volksunion“ (DVU). Doch schon bald zeigte sich, dass die NPD-Strategie nicht aufging, durch gezielte Provokationen eine Welle von Schlagzeilen zu erzeugen, die die Partei ins Parlament spülen sollten. Die Medien waren zu sehr damit beschäftigt, die neue Linkspartei zu bekämpfen. Lafontaines fataler „Fremdarbeiter“-Ausspruch blieb ein Ausrutscher. Und auch die Union widerstand der Versuchung, die klassischen Angst-Themen Ausländer, Kriminalität und islamischer Terrorismus ins Zentrum ihres Wahlkampfes zu rücken. Als Kandidatentruppe präsentierte die NPD die Elite der Partei und ihrer Bündnispartner. Angesichts des Vorstrafenregisters hatte man fast den Eindruck, Hauptmotiv bei der Kandidatur sei die Erlangung parlamentarischer Immunität. Noch kurz vor der Wahl verbreitete die Parteiführung Optimismus: man werde zwar möglicherweise unter 5 % bleiben, aber mindestens drei Direktmandate erzielen. Vorsitzender Udo Voigt in der September-Ausgabe der Parteizeitung: „Vorwärts Nationaldemokraten - auf in den Reichstag!“. Gemessen an diesen Erwartungen war das Ergebnis ein Misserfolg. Bundesweit erzielte die in der Geschichte der Bundesrepublik bisher radikalste neofaschistische Partei 1,6 %. Sie konnte ihr bisheriges Ergebnis vervierfachen und rechnet mit einer staatlichen Wahlkampfkostenerstattung von über einer Million Euro. Die Enttäuschung hat die NPD schnell verwunden. In der Oktober-Ausgabe ihrer Zeitung wird im Rahmen der Wahlauswertung schon wieder die kurz bevorstehende Machtübernahme verkündet:

„Dass es die NPD trotz Medien-Nichtpräsenz und Diffamierung geschafft hat, fast 800.000 Stimmen auf sich zu vereinigen, kann schon fast als ein Wunder angesehen werden. [...] Es wird sich schneller Gelegenheit bieten als mancher glaubt, die politischen Karten neu zu mischen. Das absurde Kanzlerdrama zeigt augenfällig, wie abgewirtschaftet die bundesrepublikanischen Eliten inzwischen sind. Es stehen neue bereit.“

Im Vergleich dazu schon fast bescheiden reagierte Gerhard Freys National Zeitung (NaZe): „Ein Aufwind war's - ein Sturm (noch) nicht“. Das mäßige Abschneiden der NPD sei Ergebnis einer Medienmanipulation zugunsten der Linkspartei: „So wurden Protestwähler, die massenhaft sozusagen reif für die Rechten waren, mit Hilfe der Meinungsindustrie ‚umgeleitet‘.“ Den Kampf um die Köpfe der neuen Eliten führt das Blatt nun mit Titelschlagzeilen wie: „Was Merkel alles für Israel tut. Ihre wirklichen Ziele“; „Merkel - nur Marionette? Wer bei ihr die Fäden zieht“. Gegen solch eine elitäre Konkurrenz haben Rolf Schlierers „Republikaner“ einen schweren Stand. Die „demokratischen Patrioten“ (Eigenbezeichnung) verweigerten den Pakt mit der NPD. In ihrem ansonsten zum Verwechseln ähnlichen TV-Werbepot wählten sie in der Eingangsssequenz ein anderes Sympathie-Tier: Die NPD warb mit einem tiefbraunen Adler, die „Republikaner“ mit einem Geier.

Nach der Wahl feierte die Bundesgeschäftsstelle den Stillstand der Wählergunst auf niedrigem Niveau als Erfolg. Immerhin schaffte es auch diese Partei mit 0,6 % knapp über die magische Grenze der Wahlkampfkostenerstattung. Ansonsten bejammert die Schlierer-Partei, dass „die weitgehend sozialdemokratisierte Union“ sich nicht zu ihrem idealen Koalitionspartner REP bekennen und dass deshalb „sich heute Kommunisten und linksextreme Ideologen gleich in mehreren Parteien im Bundestag tummeln können“.

Auch die rechtsradikale Wochenzeitung „Junge Freiheit“ (JF) ereilte am Wahlabend ein Frusterlebnis. Chefredakteur Dieter Stein hatte sich noch kurz vor der Wahl an den vermeintlichen sicheren Sieger angeschmückt. Er forderte „eine deutsche Wende“ und lobte „den Willen zum Angriff auf ein Steuer- und Sozialsystem, das reif für den Sperrmüll ist“. „Deutschland leidet unter einem kollektiven Hospitalismus-Syndrom infolge eines hyperfürsorglichen Staates“. „Nur mit unkonventionellen Ideen gibt es einen Ausweg“: „Eine Renaissance alter preussischer Tugenden“. „Dazu ist es nötig, den geistigen Schutt und Ballast der politisch verantwortlichen Generation seit 1968 abzutragen“.

Die JF hatte aber zusätzlich auch noch einen eigenen Wunschkandidaten im Rennen. Der wegen seiner antisemitischen Rede aus der CDU ausgeschlossene Martin Hohmann hoffte auf ein Direktmandat als Einzelbewerber. Doch die nach Fulda angereiste Delegation von JF und Institut für Staatspolitik konnte kein Glas Champagner leeren. Hohmann erzielte zwar beachtliche 21,5 %, das reichte aber nur für den dritten Platz. Frustriert erklärte er seinen Rückzug aus der Politik. Da werden die Kameraden viel Arbeit haben, ihn von der Einhaltung dieses Versprechens wieder abzubringen. Schließlich ist er als zukünftiger Hoffnungsträger fest eingeplant. Die „Junge Freiheit“ tröstete sich derweilen, indem sie innerhalb der Unionsfraktion die nach JF-Kriterien letzten „Konservativen“ ausmachte, sozusagen eine virtuelle JF-Fraktion im Deutschen Bundestag. Zu dieser Elite zählt die JF 16 Abgeordnete: Veronika Bellmann, Michael Brand, Axel E. Fischer, Peter Gauweiler, Wolfgang Götzer, Norbert Geis, Michael Hennrich, Hubert Hüppe, Hartmut Koschyk, Henry Nitzsche, Georg Schirmbeck, Erika Steinbach, Max Straubinger, Hans-Peter Uhl, Arnold Vaatz und Kai Wegner.

## Grüne Bürgermeisterin im Griff der JUNGEN FREIHEIT

# Eine von 600

Alfred Schobert

Der Zeitpunkt war gut gewählt. Wenige Wochen zuvor hatten Neonazis in Duisburg-Hamborn gegen den Bau einer Moschee im benachbarten Stadtteil Marxloh demonstriert. Und der WDR strahlte zweimal eine Dokumentation über Nazis im Ruhrgebiet aus: Viel Duisburg und vor allem viel Selbstdarstellung der braunen Recken nebst Problematisierung verfehlter Integration in Stadtgebieten mit hohem Anteil von Menschen mit türkischem bzw. muslimischen Migrationshintergrund. In diesem Medienumfeld kann man sich der Aufmerksamkeit für das Thema sicher sein. Und man findet PolitikerInnen, die ihren inneren Äußerungszwang nicht mehr unterdrücken oder kanalisieren können. Erst recht, wenn sie – und das gehört wohl zur *déformation professionnelle* – eh dazu neigen, in jedes Mikrofon zu beißen.

Also sprach die stellvertretende Oberbürgermeisterin der Stadt Duisburg, Doris Janicki (B90/Grüne) „über den ‚gekippten‘ Stadtteil Marxloh“. So lautete der Untertitel

des Interviews, mit dem die völkisch-nationalistische Wochenzeitung *Junge Freiheit* ihren Beitrag zur Nazi-Mobilisierung gegen den Moschee-Bau lieferte. Sie muss ja auch die Kameraden thematisch bei der Stange halten, ohne sich allzuviele Blößen zu geben. Da kommt eine grüne Bürgermeisterin gerade recht, und sie darf ruhig über die „Fascho-Demo“ schimpfen, „die den Moscheebau dazu mißbraucht, ihr braunes Süppchen bei uns zu kochen“. Das nimmt die *Junge Freiheit* in Kauf, da sie insgesamt sehr weitgehend auf ihre Kosten kommt. Claudia Roth was not amused, und dafür gab der Interviewtext einigen Anlass (siehe Kasten).

Im Nachhinein wollte Janicki nicht gewusst haben, dass sie mit der rechtsextremen *Jungen Freiheit* redete. Sie habe die Zeitung mit der *Jungen Welt* verwechselt. Bekanntlich soll es schon Männer gegeben haben, die ihre Frau mit einem Regenschirm verwechselt haben, also wäre diese Verwechslung eine Kleinigkeit. Auch führt es

nicht allzu weit, dieses Eingeständnis nun in Frage zu stellen, wenngleich gewisse Zweifel nicht von der Hand zu weisen sind. Janicki bezieht sich positiv auf den Neuköllner Bürgermeister Heinz Buschkowsky (SPD). Dessen Positionen zum Scheitern der multikulturellen Gesellschaft hatten wenige Monate zuvor per Interview im Wochenblatt des völkischen Nationalismus ihre Heimstätte, wenn auch leider nicht ihr Endlager gefunden, Buschkowsky hat sich dann mit einer persönlichen Erklärung für sein JF-Interview entschuldigt – er habe die Zeitung zuvor nicht gekannt. Das, wie auch die im selben Zeitraum publizierten JF-Interviews von ins Hintertreffen geratenen Sozialdemokraten wie Peter Glotz und Egon Bahr sowie Rolf Hochhuths Verbeugungen vor dem Holocaustleugner David Irving, gingen bundesweit durch die Medien, die – entgegen manchen panischen Ängsten – auch in der multikulturellen Stadt Duisburg nicht durch türkischsprachige Medien vom Markt verdrängt worden sind.

Janickis eingestandene Ahnungslosigkeit zeigt aber, dass es mit dem „Kampf gegen Rechtsextremismus“ bei den Bündnisgrünen entgegen vollmundiger Deklarationen nicht weit her ist. Es reicht eben nicht, im November 2004 seitens des Bundesvorstandes gegenüber der Presse zu erklären, dass man eine Kommission gegen Rechtsextremismus gründen werde. Das bloße Bekenntnis, der Kampf gegen Rechtsextremismus dürfe kein konjunkturelles Thema sein, das alsbald wieder dem Vergessen anheimfällt, sondern es müsse als Querschnitt-Thema kontinuierlich bearbeitet werden, ist nichts wert, wenn die entsprechende Kommission nicht in die Hufe kommt, geschweige denn öffentlich wahrnehmbar ist und somit nicht einmal zu den eigenen FunktionärInnen durchdringt. Der vormalige Koalitionspartner zeigte immerhin, wie

### Aus dem JUNGE FREIHEIT-Interview:

Also ist die „multikulturelle Gesellschaft“ gescheitert?

**Janicki:** *Ich würde es so formulieren: Wir sind mit den Problemen viel zu lax umgegangen und haben immer erst dann etwas unternommen, wenn es eskaliert ist.*

Ihr Kollege Heinz Buschkowsky, Bezirksbürgermeister von Berlin-Neukölln, erregte großes Aufsehen, als er letzten Herbst nach den Ereignissen in Holland auch für Deutschland das Scheitern der „multikulturellen Gesellschaft“ konstatierte.

**Janicki:** *Ich halte für richtig, was er gesagt hat.*

Inwiefern?

**Janicki:** *Ich glaube, er wollte mit seinen provokanten Thesen eine Diskussion anstoßen.*

Claudia Roth hält dagegen an der „multikulturellen Gesellschaft“ fest.

**Janicki:** *Ich bin nicht Frau Roth.*

man nach Farthmann-Glotz-Bahr in der JF pragmatisch mit solchen Peinlichkeiten umgehen kann: In einer im Frühjahr präsentierten Broschüre zum Kampf gegen Rechts-Extremismus empfahl die SPD gerade auch den eigenen Mitgliedern, rechtsradikalen Blättern keine Interviews zu geben.

Die *Junge Freiheit* lacht sich derweil ins Fäustchen. Nicht nur, dass sie in Duisburg jemanden für ihre Zwecke fand und mit ihr ein Thema ansprach, mit dem die JF auch im ganz braunen Segment ihres Publikums punkten konnte. Interviews mit Gesprächspartnerinnen aus Politik, Wissenschaft und Kultur, die über den Verdacht des Rechtsextremismus erhaben sind, dienen der *Jungen Freiheit* zur Erregung medialen Getöses und zur Stabilisierung eines honorigen Images. Das zeitigt mittlerweile auch Erfolg bei Behörden. Vor einigen Jahren hieß es im Verfassungsschutzbericht des Landes Baden-Württemberg: „Die Redaktion der JF ist ... bemüht, extremistisches Gedankengut als

national-konservatives zu verschleiern und bedient sich hierzu immer wieder der Bereitschaft von Politikern und sonstigen Personen zu Interviews.“ Aus dem bayerischen Staatsministerium des Inneren kommt heute die entgegen gesetzte Botschaft.

Der bayerische Landtagsabgeordnete Florian Ritter (SPD) verwies in seiner schriftlichen Anfrage vom 6. Juni 2005 zum Fehlen der *Jungen Freiheit* im Verfassungsschutzbericht des Landes Bayern u. a. auf etliche Interviewpartnerinnen und Autorinnen der JF hin, die eindeutig dem Rechtsextremismus zuzuordnen sind. Das Staatsministerium des Inneren konferierte am 11. Juli 2005 mit einer statistischen Übung. Ihr zufolge „haben der JF in den vergangenen Jahren über 600 Personen als Interviewpartner sowie rund 1.000 Personen als Autoren zur Verfügung gestanden. Darunter befanden sich viele bekannte Persönlichkeiten aus Medien, Politik und Wissenschaft, die zum weitaus überwiegenden Teil dem demokra-

tischen Spektrum angehören. Die 45 vom Fragesteller aufgeführten Personen [...] stellen demgegenüber einen Anteil von knapp drei Prozent.“ Drucksache 15/3822)

Diese Antwort aus dem Hause Beckstein ist in mehrerer Hinsicht aufschlussreich: Wir lernen aus ihr, dass man im bayerischen Verfassungsschutz bis 1.000 zählen, bis in den vierstelligen Bereich addieren kann und selbst mit solchen Zahlen die Gesetze der Prozentrechnung beherrscht. Das mag in der aufgeregten Debatte über die Ergebnisse der Pisa-Studie manch einen beruhigen – mit der Analyse rechtsextremer Ideologie und ihrer Verbreitung hat solche Zahlenhuberei wenig zu tun. Auch erspart uns das bayerische Staatsministerium die Mühe, selber nachzuzählen, um Doris Janicki nicht zu viel Ehre zukommen zu lassen: Sie hat es als eine von über 600, also bloß exemplarisch, als abschreckendes Beispiel, in die Spalten des *DISS-Journals* geschafft.



Martin Dietzsch /  
Siegfried Jäger /  
Helmut Kellershohn /  
Alfred Schobert

**Nation statt  
Demokratie. Sein und  
Design der »Jungen  
Freiheit«**

Unrast-Verlag, Münster  
Edition DISS Band 4, 2.  
Auflage, 246 Seiten, 16 •,  
ISBN 3-89771-733-6

»Konservativ« soll sie sein, oder auch »umstritten«, folgt man der Selbstdarstellung der Wochenzeitung »Junge Freiheit«. Eine längerfristig angelegte Untersuchung der Zeitungspraxis zeigt allerdings, dass dies Verharmlosungen sind.

Die »Junge Freiheit« ist programmatisch der Tradition des völkischen Nationalismus verpflichtet. Die Nation als mythisch überhöhte Abstammungsgemeinschaft wird gegen das neuzeitliche Verständnis von Demokratie mobil gemacht – 'Nation statt Demokratie' ist das unausgesprochene Motto. Dabei entspricht die »Junge Freiheit« nicht der Klischee-Vorstellung, die viele von einer 'rechten Zeitung' haben. Sie dosiert geschickt die Kernideologeme des völkischen Nationalismus.

Die „Unabhängigen Nachten“ gehören zum Umfeld der NPD. In ihrem Umfeld verknüpft der Verlag VAWS Propaganda und Kommerz.

Die Agitation der „Unabhängigen Nachrichten“ umfasst die gesamte programmatische Breite von Holocaust-Leugnung bis zu aggressivem Rassismus. Durch ihre Reihe „Auf dem Stundenplan“ nehmen die „Unabhängigen Nachrichten“ Jugendliche ins Visier und betreiben Fälschung der Geschichte.

Die Studie zeigt wer hinter den „Unabhängigen Nachrichten“ und der VAWS steckt, wie ihre Propaganda funktioniert und wie man sich dagegen wehren kann.



Martin Dietzsch / Helmut  
Kellershohn / Alfred  
Schobert

**Jugend im Visier.  
Geschichte, Umfeld  
und Ausstrahlung  
der „Unabhängigen  
Nachrichten“**

DISS-backlist, Unrast-  
Verlag, Münster  
178 Seiten, 12 •,  
ISBN 3-927388-82-3

## Die Rezeption Michel Foucaults in der Sprachwissenschaft

# „Diskurslinguistik“ ohne Diskurstheorie

Siegfried Jäger

Bekanntlich orientiert sich das Duisburger Konzept von Diskursanalyse an den Schriften Michel Foucaults, der selbst zwar keine explizite Methode der Diskursanalyse entwickelt hat und sich zudem vornehmlich (aber nicht nur) mit Diskursen der Wissenschaften befasst hat, während wir im DISS versucht haben, ein Verfahren zu entwickeln, das sich für die Analyse von Diskursen auf allen diskursiven Ebenen eignet, also für Wissenschaft, Medien, Politik, Alltag und auch für fiktionale Diskurse. Dabei haben wir auch die Rezeption Foucaults in angrenzenden (Sozial-)Wissenschaften<sup>1</sup> und in der germanistischen Sprachwissenschaft zur Kenntnis genommen und berücksichtigt. Letztere beschränkte sich lange Zeit auf die historische Semantik.<sup>2</sup> Die Sprachwissenschaftler Dietrich Busse und Wolfgang Teubert diskutierten bereits 1994 in einem grundlegenden Aufsatz die Frage, ob der Diskurs ein sprachwissenschaftliches Objekt sei und unterstrichen die Notwendigkeit der Beachtung der *Inhalte* von Texten.<sup>3</sup> Eine diskursanalytisch begründete Textlinguistik bzw. Diskurslinguistik, die sich auf Michel Foucault bezieht, stellt Ingo Warnke (2000, 2002a und b, 2004) vor.<sup>4</sup> Auch Matthias Jung (2001) bezieht sich (etwas vage) auf Foucault.<sup>5</sup>

Diese insgesamt begrüßenswerten Versuche scheuen jedoch offenbar letztlich (noch) davor zurück, die Grenzen traditioneller (Text-)Linguistik zu überschreiten. Denn dies würde bedeuten, dass sie sich in Richtung einer transdisziplinär oder mindestens interdisziplinär aufgestellten Kulturwissenschaft öffnen müssten, indem sie sich auf Inhalte und Themen bezögen, die Gegenstand (aller) anderen wissenschaftlichen Disziplinen sind. Mit anderen Worten: Sie müssten *Diskurse* als Träger von „Wissen“ untersuchen. Da mit Wissen auch immer Macht (und oftmals Herrschaft) verbunden

ist, wäre es zusätzlich erforderlich, Macht- und Wissenskritik zu betreiben, wovor die erwähnte Diskurslinguistik aber offensichtlich zurückschreckt.

So schreibt der Kasseler Sprachwissenschaftler Ingo Warnke in seinem Artikel „Poststrukturalistischer Diskursbegriff und Textlinguistik“ in aller wünschenswerten Deutlichkeit:

„Ich möchte behaupten, dass dieser machtkritische Ansatz der Foucault'schen Diskursanalyse für die textlinguistische Rezeption des Diskursbegriffs marginalisiert werden kann.“<sup>6</sup>

Klammert man auf diese Weise die Analyse der Machtbeziehungen aus, klammert man damit zugleich den gesamten Foucault aus der Sprachwissenschaft aus und reduziert die neue „Diskurslinguistik“ auf eine überholte Textlinguistik, die sich allenfalls einiger Instrumente der Foucaultschen „Werkzeugkiste“ bedient. Damit meidet sie die m.E. notwendige Öffnung der Sprachwissenschaft in die Kulturwissenschaften hinein und zementiert die schädliche Trennung zwischen einer an Foucault orientierten Literaturwissenschaft, die sich längst kulturwissenschaftlich geöffnet hat, und der Sprachwissenschaft.

<sup>6</sup> Warnke 2002: 9.

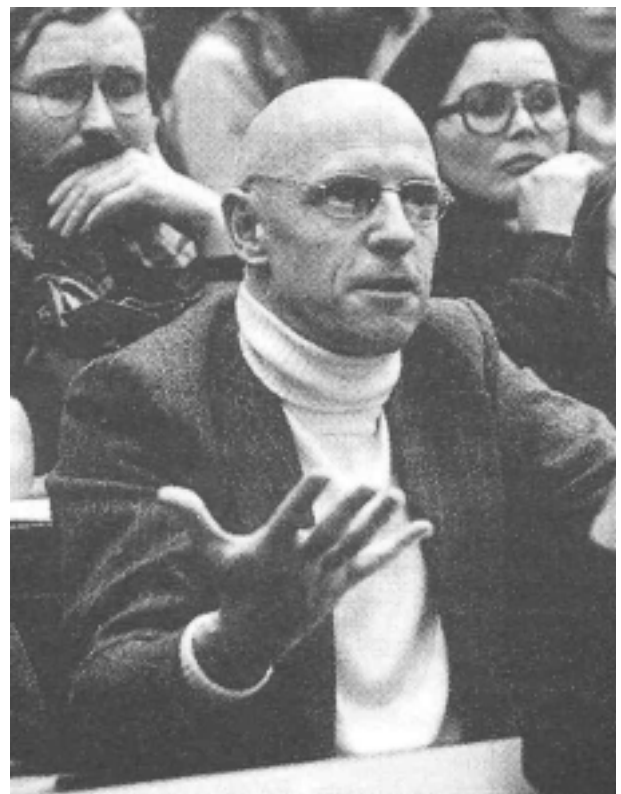
<sup>1</sup> Vgl. dazu etwa Keller/Hirsland/Schneider/Viehöver (Hg.) 2001, 2003, 2005. Diese Bände, besonders der aus 2005, zeigen, wie vehement und kontrovers diskutiert wird, wobei die Überwindung einmal gelernter wissenschaftlicher „Sprachspiele“ der Einzeldisziplinen offensichtlich nicht immer leicht fällt oder gelungene Versuche dazu nicht erkannt werden. (Wenn also Jürgen Link und dem DISS der Vorwurf gemacht wird, die Diskussion der Diskursproblematik auf europäischer Ebene nicht zur Kenntnis genommen zu haben (Ruth Wodak, van Dijk, Norman Fairclough), so erstaunt dies schon (so Johannes Angermüller auf S. 24).

<sup>2</sup> Vgl. dazu Busse/Hermanns/Teubert (Hg.) 1994.

<sup>3</sup> Ihnen geht es jedoch um die Untersuchung größerer semantischer Beziehungsnetze bzw. um Diskursgeschichte und historische Semantik. Vgl. dazu auch die Artikel in Busse/Hermanns/Teubert (Hg.) 1994.

<sup>4</sup> Vgl. auch Adamzik 2001 sowie Bluhm et al. 2000.

<sup>5</sup> Vgl. dazu kritisch Diaz-Bone 2003.





Zu fragen ist natürlich, weshalb sie das tut. Darauf gibt Warnke in dem selben Artikel eine eindeutige Antwort, wenn er schreibt:

„Zu den diskursanalytischen Aufgaben der Sprachwissenschaft wird in Zukunft die konsequente Ausarbeitung der empirischen Dimensionen gehören. Versuche dazu liegen vor (...), jedoch kann von einer Etablierung des diskursanalytischen Ansatzes kaum gesprochen werden. *Im Vordergrund muss dabei keineswegs der kritische Impetus einer politisch verpflichteten Diskursanalyse stehen* (vgl. etwa Jäger 1993).“ (Hervorhebung, S.J.)<sup>7</sup>

Nun ist Foucaults Analyse der Machtbeziehungen untrennbar mit einer höchst differenzierten Kritik an Macht und Herrschaft verbunden, wobei sich sein Verständnis von Kritik an ethischen Konzepten orientiert. Lässt man dies außer Acht, ist die Berufung auf Foucault eigentlich gar nicht berechtigt.

Doch weshalb diese Angst vor einem „kritischen Impetus“? Das hat sicherlich auch etwas mit dem Zustand und der spezifischen *scientific community* der germanistischen Sprachwissenschaft zu tun. In seinem abschließenden Statement beteuert Warnke:

„Zu bedenken ist ..., dass das linguistische Interesse am Diskurs auf die sprachlichen Mittel der Diskursetablierung konzentriert ist, so dass ein Identitätsverlust der Sprachwissenschaft selbst nicht zu fürchten ist. Die Erweiterung der Erkenntnisinteressen ist bei Rückbindung an die philologischen Traditionen des Faches nicht als Verlust der traditionellen Gegenstände der Sprachwissenschaft zu verstehen. Folglich läuft die Argumentation pro Diskurslinguistik auf ein Plädoyer für die kulturwissenschaftliche Ausweitung der Sprachwissenschaft zu, die ihre nationalphilologische Tradition nicht negiert, sondern in konkrete Sprachanalysen sinnvoll einbringt. Die Rezeption des philosophischen Poststrukturalismus verbindet sich dann in fruchtbarer Weise mit den Entscheidungen zur Zukunft der Nationalphilologien.“ (ebd. 15f.)

Dieser Kotau vor den Altvorderen, mit denen man es sich ja nicht verderben möchte, und vor der immer noch verbreiteten konservativen Verbundenheit großer Teile insbesondere der germanistischen Sprachwissenschaft ist schon etwas peinlich und auch völlig überflüssig und schädlich, will man den Anschluss der Sprachwissenschaft an die kritische Diskurstheorie Foucaults und damit auch an einen wichtigen Zweig der Kulturwissenschaften wirklich erreichen.

Ingo Warnke ist natürlich nicht der einzige Sprachwissenschaftler auf deutschsprachigem Terrain, der sich um eine Rezeption Foucaults bemüht.

Zu erwähnen sind auch Kirsten Adamzik, Claudia Bluhm, Ulla Fix, Claudia Fraas, Michael Klemm und andere, besonders aber auch die eher kritischen Geister Adi Grewenig, Klaus Gloy und Franz Januschek.

Hinzuweisen ist auch auf den von Claudia Fraas und Michael Klemm herausgegebenen Sammelband mit dem Titel „Mediendiskurse“ (2005), der eine Vielzahl interessanter und brisanter Themen behandelt und betont, dass „die an Foucault orientierte Diskursforschung ihren Kinderschuhen inzwischen entwachsen ist.“ Pro-

blematisch erscheint mir aber der Versuch, Foucaultsche Diskurstheorie und das Konzept „Gesprächsanalyse“ zu verknüpfen, was man deshalb bewerkstelligen zu können glaubt, weil deren Diskursbegriffe sich beide auf Interaktionshandlungen bezögen „im Rahmen der Gesprächsanalyse auf der interpersonalen, im Rahmen der Foucault verpflichteten auf gesellschaftlicher Ebene.“ Die scharfe Trennung beider Diskursbegriffe werde zudem durch die Produktions- und Rezeptionsbedingungen von Online-Medien aufgehoben.<sup>8</sup> Diskurs als Interaktionshandlungen zu verstehen, widerspricht jedoch dem Foucaultschen Diskursbegriff diametral, denn dabei geht es ja um „Aussagen“ und deren inhaltliche Kerne, und diese lassen sich sowohl in Gesprächen als auch in Texten aller Art, also in den unterschiedlichsten Textsorten ausmachen. Der *Methode* der Gesprächsanalyse geht es, wie der Name schon sagt, um die Analyse von Gesprächen, die ja auch nicht uninteressant ist, aber als sprachwissenschaftlicher Ansatz mit der Foucaultschen Diskursanalyse nicht im entferntesten vereinbar ist.

Dass zudem ein ansonsten überaus interessanter kognitivistischer Ansatz wie der von Teun A. van Dijk umstandslos der Foucaultschen Diskurstheorie subsumiert wird, verweist darauf, dass die Kinderschuhe doch noch nicht ganz abgestreift sind und weiterhin ein großer Diskussionsbedarf besteht. Die Theorie- und Methodenkapitel sowie auch „Fallstudien“ zu Krieg und Terrorismus, zum 11. September in Geschäftsberichten, zum Irakkrieg u.a. sind lesenswert und teilweise sogar spannend, beziehen sich jedoch ausnahmslos (fast) nicht auf Foucault. Das ist ja nicht unbedingt schlimm, kann aber die Erwartungen derjenigen, die das Vorwort gelesen haben, kaum erfüllen. Immerhin wird aber (im Vorwort) dem Foucaultschen Diskursbegriff attestiert, dass er „intertextuelle Beziehungen auf einer gesellschaftlichen Ebene und damit gesellschaftlich relevante kollektive Wissenskonstitutionsprozesse betrifft.“ Das ist aber ohne Kritik der Machtbeziehungen nicht zu haben. Insofern bleibt die berechtigte Hoffnung, dass Kleinmut überwunden wird und auch der Sprachwissenschaft eine Öffnung gelingt und ihre verkrusteten Strukturen aufgebrochen werden können.

## Literatur

- Adamzik, Kirsten (2001): Die Zukunft der Text(sorten)-linguistik. Textsortennetze, Textsortenfelder, Textsorten im Verbund, in: Fix, U. Habscheid, St./Klein, J. (Hg.), S. 15-30.
- Adamzik, Kirsten (Hg.) (2002): *Texte . Diskurse . Interaktionsrollen: Analysen zur Kommunikation im öffentlichen Raum*, Tübingen.
- Bluhm, Claudia/Deissler, Dirk/Scharloth, Joachim/Stukenbrock, Anja (2000): Linguistische Diskursanalyse: Überblick, Probleme, Perspektiven. In: *Sprache und Literatur in Wissenschaft und Unterricht* 86, S. 3-19.
- Busse, Dietrich/Teubert, Wolfgang (1999): Ist Diskurs ein sprachwissenschaftliches Objekt. Zur

<sup>7</sup> Gemeint ist die „Kritische Diskursanalyse. Eine Einführung“, deren überarbeitete und erweiterte Fassung von 1999 offensichtlich noch nicht zur Kenntnis genommen werden konnte.

<sup>8</sup> Die Auseinandersetzung mit Möglichkeiten der Analyse von Internet-Texten und der Rolle des Internets als Medium ist jedoch sehr interessant und dürfte geeignet sein, weitere Diskussionen anzuregen. Vgl. dazu insbesondere die Aufsätze von Fraas und Wagner in diesem Band.

- Methodenfrage der Historischen Semantik. In: Busse/Hermanns/Teubert (Hg.), S. 10-28.
- Busse, Dietrich/Hermanns, Fritz/Teubert, Wolfgang (Hg.) (1994): *Begriffsgeschichte und Diskursgeschichte. Methodenfragen und Forschungsergebnisse der historischen Semantik*, Opladen.
- Fix, Ulla/Habscheid, Stephan/Klein, Josef (Hg.) (2001): *Zur Kulturspezifik von Textsorten*, Tübingen.
- Fix, Ulla/Adamzik, Kerstin/Antos, Gerd./Klemm, Michael (2002): *Brauchen wir einen neuen Textbegriff? Antworten auf eine Preisfrage*, Frankfurt/M./Berlin/Bern.
- Fraas, Claudia/Klemm, Michael (Hg.) (2005) : *Medien-diskurse. Bestandsaufnahme und Perspektiven*, Frankfurt/M. (Lang)
- Grewenig, Adi (2000): Die Wehrmachtsausstellung als „Tatort“ – Hybride Formen der Vermittlung zeitgeschichtlicher Diskurse, in: Grewenig/M. Jäger (Hg.), S. 69-93.
- Grewenig, Adi/Jäger, Margret (Hg.) 2000: *Medien in Konflikten. Holocaust, Krieg, Ausgrenzung*, Duisburg.
- Jäger, Siegfried (2004): *Kritische Diskursanalyse. Eine Einführung*, 4., gegenüber der 2., überarbeiteten und erweiterten Auflage Duisburg 1999, unveränderte Auflage, Münster (zuerst Duisburg 1993).
- Jäger, Siegfried/Januschek, Franz (Hg.) (1992): *Der Diskurs des Rassismus*, Oldenburg (= OBST Nr. 46).
- Januschek, Franz (1994): J. Haider und der rechtspopulistische Diskurs in Österreich, in: Trubitsch (Hg.), S. 284-335.
- Keller, Reiner/Hirseland, Andreas/Schneider, Werner/Viehöver, Willy (Hg.) (2001, 2003): *Handbuch sozialwissenschaftliche Diskursanalyse*, Band 1 2001, Band 2 (2003).
- Keller, Reiner/Hirseland, Andreas/Schneider, Werner/Viehöver, Willy (Hg.) (2005): *Die diskursive Konstruktion von Wirklichkeit*, Konstanz (UVK).
- Trubitsch, Gudmund (Hg.) (1994): *Schlagwort Haider. Ein politisches Lexikon seiner Aussprüche von 1986 bis heute*, hg. von Gudmund Trubitsch. Mit einem Essay von Franz Januschek, Wien.
- Warnke, Ingo (2002a): *Texte in Texten – Post-strukturalistischer Diskursbegriff und Textlinguistik.*, in: Adamzik, K.(Hg.) 2002, S. 1-17.
- Warnke, Ingo (2002b): *Adieu Text – bienvenue Diskurs? Über Sinn und Zweck einer poststrukturalistischen Entgrenzung des Textbegriffs*, in: Fix/Adamzik/Antos/Klemm (Hg.), S. 125-141.
- Warnke, Ingo (2004): *Diskurslinguistik als Kulturwissenschaft*, In: Erhart, Walter (Hg.): *Grenzen der Germanistik*, Stuttgart, S. 302-324.

## Überraschende Einsichten



Eigentlich sind die vier dicken Bände der kleinen Schriften Foucaults wegen ihrer Fülle von Texten (Interviews, Besprechungen, Essays, Interventionen) kaum zu besprechen, und das soll hier auch gar nicht erst versucht werden. So viel sei gesagt, dass sie selbst für Kenner des Foucaultschen Oeuvres eine Fülle von oft völlig überraschenden Einsichten enthalten, die das Denksystem des französi-

schen Philosophen nicht nur abrunden, sondern in manchen Punkten auch zu erweitern geeignet sind. So dürfte manche(n) der folgende lapidare Satz aus dem vierten Band „Alle diejenigen, die sagen, dass es für mich *die* Wahrheit nicht gibt, sind Geister, die es sich zu einfach machen.“ (S. 825) nicht nur überraschen, sondern vielleicht auch entsetzen, denn er scheint die einleuchtende Einsicht Foucaults, dass es immer nur *jeweils gültige* Wahrheiten gebe, völlig auf den Kopf zu stellen. Ähnlich aufregend dürfte es sein, wenn er schreibt: „Ich bin weder ein Gegner noch ein Parteigänger des Marxismus; ich frage nach dem, was er zu den Erfahrungen, die ihm Fragen stellen, zu sagen hat.“ (S. 729). Dass es Foucault letztlich um Ethik geht und er auf der Suche nach einer Ethik ist, die die Linke dringend benötigt, lässt sich dem folgenden Ausspruch entnehmen: „(D)ie meisten

von uns glauben (nicht), dass eine Moral auf der Religion gegründet sein könnte, und wir kein Rechtssystem wollen, das in unser moralisches, persönliches und intimes Leben eingreift. Die jüngsten Befreiungsbewegungen leiden darunter, kein Prinzip zu finden, auf dem sich die Ausarbeitung einer neuen Moral begründen ließe. Sie haben Bedürfnis nach einer Moral, aber sie schaffen es nicht, eine andere Moral zu finden als diejenige, die sich auf einer angeblichen wissenschaftlichen Erkenntnis dessen gründet, was das Ich, das Begehren, das Unbewusste usw. ist.“ (S. 750) Auch hat für ihn das Leben aus einem ganz bestimmten Grund ein Kunstwerk zu sein: „Dass das Leben, weil es sterblich ist, ein Kunstwerk zu sein hat, ist ein bemerkenswertes Thema.“ (S. 755) Und weiter: „Was mich erstaunt, ist, dass in unserer Gesellschaft die Kunst nur noch eine Beziehung mit den

Objekten und nicht mit den Individuen oder mit dem Leben hat, und auch, dass die Kunst ein spezialisierter Bereich von Experten, nämlich den Künstlern. Aber könnte nicht das Leben eines jeden Individuums ein Kunstwerk sein? Warum sind ein Gemälde oder ein Haus Kunstobjekte, aber nicht unser Leben?“ (S. 757f.) So ein Satz könnte bei Joseph Beuys abgeschrieben sein, ist es aber wohl nicht. Aufreizend auch: „Das Subjekt wird nicht nur im Spiel der Symbole konstituiert.“ (S. 773) So könnte man fortfahren. Doch als Einladung zum Lesen müssen diese Zitate genügen.

Siegfried Jäger

### Michel Foucault: Dits et Ecrits. Schriften, Vierter Band 1980-1988

hg. von Daniel Defert und Francois Ewald unter Mitarbeit von Jacques Lagrange  
Suhrkamp, Frankfurt/M.  
1136 Seiten, 52 Euro

## Vom verschiedenen Gebrauch von Werkzeugkisten

Tagung der Hans-Böckler-Stiftung in Berlin

„Endlich Ordnung in der Werkzeugkiste. Zum Potential der Foucaultschen Diskursanalyse“ - so lautet der Titel der Tagung, die vom 29. bis 30.4.05 in Berlin stattfand.

„Ein typisch deutscher Wunsch“, kommentierte Prof. Dr. Zeuner, Geschäftsführender Direktor des Otto-Suhr-Instituts der FU Berlin und Gastgeber den Titel der Tagung.

Er war nicht nur typisch deutsch, sondern auch typisch für eine Stiftung, die Studierende und Promovierende fördert: Die Methoden Michel Foucaults haben unter Studierenden in den 90er Jahren an Stellenwert gewonnen. Thematiken wie das Geschlechterverhältnis, ein neu aufkommender Rassismus und großdeutscher Nationalismus gelangten zunehmend in den Fokus (auch) studentischer Gruppen.

Es war ein Verdienst der Tagung, einen Dialog zwischen zwei akademischen Generationen zu initiieren, wenn auch der Titel für sich sprechen mag: Foucaults Äußerung, jede/r möge sich in seiner Werkzeugkiste nach Belieben bedienen, scheint gerade dann suspekt, wenn diese Werkzeugkiste so unüberschaubar erscheint.

Nicht nur ein Blick auf die Tagung, sondern auch in die Sekundärliteratur über Michel Foucault offenbart allerdings, daß es einen festen Methoden-Kanon nicht geben wird und nicht geben kann. Wer die Foucaultsche Werkzeugkiste aufräumen möchte, muß damit rechnen, daß immer jemand kommt, der anders und neu sortieren möchte, weil ihr/sein benötigtes Werkzeug irgendwo hin sortiert wurde, wo es schlecht auffindbar ist.

In vier Themenblöcken – „Wissen, Identität und Politik“, „Politik der Moleküle“, „Politik der Geschlechter/Politik der Identitäten“ sowie „Politik der Sicherheiten“ - wurden jeweils zwei Positionen anhand inhaltlicher Referate vorgestellt, mit einem Kommentar abgerundet und zur Diskussion gestellt.

Anschaulich wurde die Differenz verschiedener Foucault-Interpretationen insbesondere im ersten Themenblock „Wissen, Identität und

Politik“, in dem es zu einer Debatte zwischen Martin Reislgl (Universität Wien) und Rainer Diaz-Bone (FU Berlin) kam: Warf Reislgl Diaz-Bone Ignoranz gegenüber gesellschaftlichen Missständen vor, so konterte dieser mit dem Vorwurf weitgehender Unkenntnis der Schriften Foucaults. In der Tat berief Martin Reislgl sich weitestgehend auf den Diskursbegriff von Jürgen Habermas. Enttäuschend war dies insofern, als deshalb eine Debatte darüber ausbleiben musste, ob Foucaults Vorschläge für die Analyse eines *inhaltlichen* Diskursstranges hilfreich seien.

Auf den beiden folgenden Panels „Politik der Moleküle“ sowie „Politik der Geschlechter/Politik der Identitäten“ stand ebenfalls die Methode und der Umgang mit dieser im Zentrum, wie der Titel „Von der Äußerung zur Aussage“ des Vortrags von Sonja Pfalner (HU Berlin) deutlich macht. Anne Waldschmidt wurde kurioser Weise in der Diskussion zum zweiten Panel der Vorwurf gemacht, die „Archäologie des Wissens“ nicht wirklich zu kennen.

Susanne Krasmann (Universität Hamburg) berief sich als nahezu einzige der Referent/innen auf die Gouvernamentalitätsstudien Foucaults. Daß die Gouvernamentalität ansonsten auf der Tagung kaum eine Rolle spielte, ist umso erstaunlicher, wenn bedacht wird, daß sie sich im Rahmen der Politikwissenschaften bewegte.

Die Rezeption der Poststrukturalismen und die Anwendung ihrer Methoden steckt in der Politikwissenschaft offenbar noch in den Windeln und den Initiatorinnen des Kongresses, Birgit Kerchner (FU Berlin) und Silke Schneider (FU Berlin) ist sicherlich hoch anzurechnen, daß sie den Versuch unternahmen, eine solche Debatte anzustoßen. Diese kann jedoch nicht von Erfolg gekrönt sein, wenn sie sich ausnahmslos auf eine Strukturanalyse im Sinne der „Archäologie des Wissens“ stützt und die Genealogie, die Machtanalytik und die Gouvernamentalitätsstudien Foucaults vollkommen außen vor lässt.

Torsten Bewernitz

## Foucault in den Kulturwissenschaften

Tagung am KWI Essen

Diese Tagung fand vom 3.2. bis 5.2.2005 anlässlich des 75. Geburtstages von Michel Foucault statt, auf der sich insbesondere Literaturwissenschaftler, Historiker, Sozial- und Erziehungswissenschaftler sowie Politologen darum bemühten, die ungeheure Vielfalt des Foucaultschen Denkens für ihre eigenen Disziplinen zu nutzen und in eigene interdisziplinäre Ansätze umzusetzen. Schmerzlich vermisst wurden Beiträge aus sprachwissenschaftlicher Perspektive. Dabei ist allerdings zu bedenken ist, dass die Foucault-Rezeption der „Diskurslinguistik“ erst vor kurzem begonnen hat und sich der Rezeption der Foucaultschen Machtanalytik bisher weitgehend verweigert (siehe dazu auch den Beitrag von Siegfried Jäger zu Foucault in den Sprachwissenschaften in diesem Heft).

Hervorzuheben sind vor allem die beiden Vorträge von Philipp Sarasin (Zürich) und Jürgen Link (Dortmund). Philipp Sarasin ging es um eine Foucaultsche Alternative zur Subjekttheorie von Freud und Lacan, während Jürgen Link eine hochinteressante Fundierung der bei Foucault nur ansatzweise entwickelten Dispositivtheorie unternahm.

Ein (erweiterter) Tagungsband soll folgen, ein ausführlicher Tagungsbericht von Kai Reinhart findet sich unter: <http://hsozkult.geschichte.hu-berlin.de/tagungsberichte/id=727>.

Zeitschrift für angewandte Diskurstheorie

## kultuRRevolution - ein notwendiges Konzept

Interview mit Jürgen Link

*Siegfried Jäger: Die erste Ausgabe der kultuRRevolution erschien 1982. Würdest Du der Zeitschrift auch heute noch diesen Namen geben?*

Jürgen Link: Um 1980 war die mit dem Signifikanten „Revolution“ verbundene Euphorie vieler 68er aus Desillusion bereits in Reue über einen imaginären Vaternord umgeschlagen. Jedenfalls war auch dem letzten klar, dass nach den mehr oder weniger glatten „Transitionen“ in Portugal und Spanien so etwas wie „revolutionärer“ Sozialismus mindestens in der nördlichen Hemisphäre (heute würde ich sagen: in den oberen Normalitätsklassen) bis auf weiteres „abgehakt“ war. Bei vielen erfasste diese Reue sofort auch die Kombination mit dem Signifikanten „Kultur“ (wobei die Desaster in China als zusätzlicher Katalysator wirkten). In dieser Situation wollten wir die Rückbesinnung auf ein Konzept von radikalen antihegemonialen Proliferationen in kulturellen Praktiken und durch sie (das wäre aber als Titel zu lang gewesen) als Basis für entsprechende Innovationen „retten“. Das sollte induktiv durch das, was die Zeitschrift selber konkret machte (z.B. im Anschluss an Foucault, Deleuze/Guattari u.a.), geschehen, wobei wir immer wieder auch auf



kultuRRevolution Nr. 1

unseres Erachtens nicht erledigte Kreationen von 68 wie auch auf entsprechende explizite Theorien von Kulturrevolution wie die von Kluge/Negt oder Bahro (und natürlich Gramsci) verwiesen. (Übrigens griff die Hegemonie den von den konvertierten 68ern fallengelassenen Signifikanten dankbar auf und stürzte sich in „Kulturrevolutionen“ des Managements, der Verwaltung, der Steuersysteme usw., was wir durch Zitate ironisierten.)

Ist dieses Projekt (einschließlich der darin erhaltenen „Rettungs“-Komponente) heute als erfolgreich einzuschätzen? Sicher bloß partiell. Aber war nach dem zusätzlichen Reueschub durch den Kollaps des Ostblocks, der sämtliche sozialistischen und radikaldemokratischen Signifikanten symbolisch ´infiziert´ hat, mehr zu erwarten? Von seiner Notwendigkeit jedenfalls scheint mir das Konzept nichts verloren zu haben.

*Daraus geht hervor, dass Du an die Notwendigkeit einer offenen und wirklich demokratischen Gesellschaft glaubst. Welchen Beitrag könnten dazu Diskursanalysen der Art, wie Du sie unermüdlich durchführst, leisten?*

Nehmen wir zwei konkrete Beispiele, die aber zusammenhängen. Die symbolische Ausschlachtung des Ostblock-Kollapses durch die Hegemonie hat u. a. das „Ende aller Utopien“ und die Ultimativität unseres Typs von parlamentarischer Minimal-Demokratie bei gleichzeitiger Unantastbarkeit des Kapitalismus proklamiert. Konkret bedeutet, wie ich gezeigt habe, die erste These die Erhebung der „Normalität“ zum Telos der Geschichte. Was aber ist „Normalität“? Da kann die Diskursanalyse des Normalismus zeigen, wie Normalitäten und Normalitätsklassen funktionieren, wie sie produziert und reproduziert werden, wie z.B. konkret statistische Kurvenlandschaften in die Seelen „normaler Bürger“ umgesetzt wer-



kultuRRevolution Nr. 49

den. Weiter kann die Diskursanalyse z.B. zeigen, wie auch unsere Demokratie normalistisch funktioniert, indem sie durch Verfahren wie die binäre Logik der fehlerhaften Rechts-Links-Mitte-Extreme-Landschaft eine (abwechselnd linke oder rechte, jetzt beides) „Mitte“ privilegiert, in der die Dominanz der Hegemonie auf Dauer gestellt ist.

*In kultuRRevolution tauchen häufig die Foucaultschen Begriffe Diskurs und Dispositiv auf. Foucault definiert solche Begriffe selten und wenn doch, dann eher umkreisend, sich kaum jemals wirklich festlegend. Wie definierst Du diese Begriffe, und wie machst Du das?*

Ich zitiere meine letztens standardisierten Definitionen. Daran wirst Du sehen, dass ich frühere präzisiert und ergänzt habe (nicht zuletzt aufgrund erneuter Foucault-Lektüren). Wesentlich ist dabei für mich immer die Operativität – ob die Gegenstände auch so funktionieren – ich glaube, dass das auch für Foucault entscheidend war.

Also „Diskurs“:

Nach Foucaults am konsequentesten systematisch angelegter Schrift *Archäologie des Wissens* handelt es sich bei „Diskursen“

(kurz für „diskursive Formationen“) im Unterschied zu natürlichen Sprachen um historisch-kulturell sehr viel stärker variable Einheiten, die jeweils spezifische kulturelle Sagbarkeits- und Wissensräume sowie deren Grenzen festlegen. Als konkrete Beispiele nennt Foucault in der *Archäologie* etwa „Diskurse wie die Ökonomie, die Medizin, die Grammatik, die Wissenschaft von den Lebewesen“ (94) bzw. den „psychiatrischen Diskurs“ oder den „ärztlichen Diskurs“ (95; im Original „discours médical“, 86, also „medizinischer Diskurs“). Gegenüber den formellen Wissenschaften handelt es sich bei den „Diskursen“ um enger mit der gesellschaftlichen Praxis verbundene Wissensgebiete bzw. Wissensräume: Es sind demnach gezielte, ansatzweise institutionalisierte Redeweisen als Räume möglicher Aussagen, insofern sie an Handlungen gekoppelt sind und dadurch Machtwirkungen ausüben. „Dispositiv“:

Es handelt sich um ein spezifisches, historisch relativ stabiles Kopplungs-Kombinat aus einem spezifischen interdiskursiven Kombinat (‘horizontal’) sowie einem spezifischen Macht-Verhältnis (‘vertikal’). Diese sozusagen gleichrangige Berücksichtigung der ‘vertikalen’ Macht-Dimension ist die entscheidende Innovation der Genealogie gegenüber der Archäologie. Dabei umfaßt das interdiskursive Kombinat Wissens-elemente aus operativen Spezialdiskursen, insbesondere aus natur- und humanwissenschaftlichen einschließlich der spezifischen Techniken, während das ‘vertikale’ Machtverhältnis sich längs einer Polarität von disponierender und disponierter Subjektivität aufbaut: Justiz/Polizei-Krimineller, Arzt-Patient, Psychiater-Neurotikerin, Pädagoge-Zögling, allgemein Experte-Laie. Gleichzeitig damit expliziert Foucault im Begriff des Dispositivs also die ‘vertikale’ Dimension der Sagbarkeit als Wissensmonopol monopolistischer Sprecher (Experten) – so wie er die subjektbildende Effektivität der Diskurse betont, was ebenfalls die ‘vertikale’ Dimension einschließt: das disziplinierte oder sexualisierte

Subjekt als freiwilliges Ansatzprofil spezifischer Machtwirkungen (sujet als Subjekt und Unterwerfungsobjekt gleichzeitig).

*Du bist von Hause aus Literaturwissenschaftler, und sehr oft konzentrieren sich Deine/Eure Analysen auf literarische Werke (natürlich auch auf die Medien). Welchen gesellschaftspolitischen Stellenwert hat Deiner Ansicht nach die Literatur und was versprichst Du Dir von einer diskursanalytischen Befassung mit Literatur (und Medien)?*

Wenn es einen Konsens zwischen sämtlichen aktuellen Soziologien gibt, dann den über die Tendenz zu wachsender Spezialisierung in modernen westlichen Gesellschaften. Diskurstheoretisch bedeutet das Diskursspezialisierung, Wuchern der Spezialdiskurse. Da denke ich seit langem (u. a. kontrovers zu Luhmann), dass mit dem Trend zur Spezialisierung ein Gegentrend zur partiellen, exemplarischen, symbolischen Reintegration einhergeht (bei Luhmann „Entdifferenzierung“ genannt, was er für „vormodern“ und überholt hält). Aus meiner Sicht erfüllt dieser, von mir „interdiskursiv“ genannte, Gegentrend eine absolut notwendige Funktion, indem er symbolische Brückenschläge zwischen verschiedenen Spezialdiskursen für die Subjekte und deren „Identität“ applizierbar macht. Die wichtigsten Interdiskurse sind heute der mediopolitische und der mediounterhaltende. Aber auch der literarische (in weitem Sinne einschließlich filmischer Narrationen) spielt weiter eine große Rolle. Die so verstandene Literatur ist weiter das Labor der kreativsten Kombination der Symbole. Also nicht zuletzt ein Labor für kulturrevolutionäre Inventionen und Interventionen. Ich zitiere dabei gern Hölderlins Formulierung (wichtiges Äquivalent des Titels der Zeitschrift): „Ich glaube an eine künftige Revolution der Gesinnungen und Vorstellungsarten, die alles bisherige schaumroth machen wird.“

*Das ist natürlich eine genuin kulturwissenschaftliche Herangehensweise. Wie aber wäre die totale Beratungsresistenz unserer Politi-*

*ker gegenüber kulturwissenschaftlichen Erkenntnissen aufzubrechen?*

Der härteste aufzubrechende Riegel dieser Resistenz dürfte in der Überzeugung bestehen, dass operationale Wissenschaft gleich Naturwissenschaft und dass beides gleich Kapitalismus ist. Ich würde die erste Gleichung zunächst einmal heuristisch so stehen lassen: Sie ist tatsächlich in wesentlichen Punkten richtig. Aber die zweite Gleichung ist absurd: Das kapitalistische Funktionieren der Wissenschaft, gerade auch der Naturwissenschaft im weiten Sinne, läuft absolut nicht gut, wie augenblicklich alle Betroffenen von der kapitalistischen Universitäts-„Reform“ laut oder leise zähneknirschend erfahren. Das Maximalprofit- und Konkurrenzsystem ist eben nicht wissenschaftsfreundlich, sondern wissenschaftsfeindlich. Das schreit nach Alternativen, sogar ziemlich direkt nach kulturrevolutionären. Hier liegt eine wichtige Interventionsmöglichkeit der Kulturwissenschaften.

*Welchen Themen wird sich die kultuRRevolution in den nächsten Heften widmen?*

Fortsetzung der Debatten im „Dreieck Foucault-Bourdieu-Luhmann“; Argentinien – kulturrevolutionäre Inventionen aus der Krise? (Arbeitstitel); Peter Sloterdijks „Sphären“: Denkstil und As-Sociationstheorie (dito); Internet und Interdiskurs; Strukturen und Funktionen der „MacWorld“-Kultur. Außer solchen Schwerpunkten gibt es aktuelle kairologische Analysen sowie unsere „Dauerbrenner“: Diskurs- und Interdiskurstheorie; Kulturwissenschaft und Kulturrevolution; Normalismus und Normalitätsklassen; Initiative Intelligente Deeskalationsstrategie und Resistenz gegen Globalmilitarismus; Multikulturen; binärer Regierbarkeitsparlamentarismus (Rechts-Links-Mitte-Extreme-Topik). Wir freuen uns am meisten über Einsendungen und Vorschläge, die sich ein bisschen (ruhig kontrovers) auf unser ja keineswegs scheuklappen-enges Projekt einlassen.



## Die Debatte um ein Kopftuchverbot

# Befreundete Feinde

Margarete Jäger

Seit langem wird in Deutschland über das Kopftuch geschrieben und gestritten. Als sichtbares Zeichen von Fremdheit wird es im Medien- und Alltagsdiskurs weitgehend mit negativen Zuschreibungen versehen und tendenziell abgelehnt. Seit Ende der 1990er Jahre spitzt sich diese Ablehnung zu und hat in Deutschland mittlerweile die parlamentarische Ebene erreicht. Nachdem die Klage der baden-württembergischen Lehrerin Fereshta Ludin vor dem Bundesverfassungsgericht ergab, dass die Regelung der Kleiderordnung für die Schule Landessache sei, werden in verschiedenen Bundesländern Kopftuch-Gesetze aufgelegt. Den meisten der Debattierenden ist klar, dass die Kopftuchdebatte eine Stellvertreterdebatte ist, bei der viele unterschiedliche Problematiken unserer Gesellschaft angesprochen werden. Es geht dabei sowohl um Anerkennung und Gestaltung von Einwanderungsprozessen, um den Umgang der Geschlechter miteinander, um das Für und Wider einer „Leitkultur“, es geht um das Verhältnis von Staat und Religion und nicht zuletzt um den Umgang mit und um die Angst vor religiösem Fundamentalismus. Im Folgenden sollen die wichtigsten Positionen und Argumentationen der Kopftuchverbotsdebatte skizziert werden und vor dem Hintergrund des hegemonialen Diskurses eingeordnet werden.

Es ist davon auszugehen, dass diejenigen, die sich öffentlich für ein Verbot des Kopftuches in Schulen einsetzen, in ihrer Mehrheit keine negative Stigmatisierung von Muslimen beabsichtigen. Das machen ihre Beiträge und Artikel in der Regel deutlich. Dennoch findet diese Auseinandersetzung in einem bestimmten diskursiven Sagbarkeitsfeld statt und wirkt auf dieses Sagbarkeitsfeld ein.

### Befürworter eines Verbots

Befürworterinnen eines Verbotes haben das Problem, dass sie rassistische Vorbehalte stärken oder gar in bestimmten Teilen der Bevölkerung erst herstellen könnten. Und in der Tat nimmt eine Reihe von Stellungnahmen Stigmatisierungseffekte zumindest in Kauf. Ein entsprechender Beitrag soll hier exemplarisch betrachtet werden.

So bestreitet etwa Niels Arne Münch im FREITAG vom 25.2.2005 (Nr. 08) in einer Replik auf Moshen Masserat (unter der sehr provokanten Überschrift „Wollen wir eine Parallelgesellschaft?“), den „Symbolwert“ des Schleiers und stellt das Kopftuch in einen unmittelbaren Zusammenhang mit Beschneidungen in Afrika: „Wie die Beschneidungen in Afrika die sexuelle Empfindungsfähigkeit einschränken sollen, so behindert

die Verschleierung die Entwicklung selbständiger weiblicher Persönlichkeit.“ *Das Kopftuch entziehe „der Frau die Verfügung über ihr Gesicht ... Es handelt sich hier um eine sozial erzwungene Behinderung“.*

Weshalb sich Frauen zu dieser Behinderung zwingen lassen können, erklärt er damit, dass repressive Strukturen von den Unterdrückten durchaus verinnerlicht werden können und sich dann „von eigenen Wünschen nicht mehr (...) unterscheiden“. Die Stichhaltigkeit dieser These demonstriert er mit einem erneuten Verweis auf Afrika, wo sich „unbeschnittene Frauen häufig ‚unrein‘ fühlen. Daran schließt er die (rhetorische) Frage an:

„Sollen wir deshalb Frauenbeschneidung als zu tolerierende kulturelle Eigenart betrachten? Viele Kulturrelativisten tun dies und halten sich für fortschrittlich. Ich halte solche Positionen für zynisch.“

Zwar konstatiert Niels Arne Münch durchaus, dass das Kopftuch „für viele Muslima in Deutschland ... der stoffgewordene Kompromiss zwischen familiärem Druck und dem Wunsch, sich in die Gesellschaft einzufügen sei.“

Und er sieht auch, dass ein Kopftuchverbot für diese Frauen eine Zuspitzung dieses Konflikts bedeuten könne. Doch sei dies unvermeidlich, denn den „wichtigsten“ Grund für die zu beobachtende Zunahme von kopftuchtragenden Frauen macht er im „wachsenden Einfluss fundamentalistischer Gruppen auf die islamischen Gemeinden“ aus. Dabei mag bei ihnen auch die „Angst vor der Moderne“ eine Rolle spielen. Doch: „Der soziale Prozess, der hinter dem sich Ausbreiten der verschiedenen Formen des Kopftuchs steht, ist eine Rückkehr zum traditionellen Islam und nicht die Öffnung für säkulare und individualistische Werte.“

Niels Arne Münch sieht hier keinen Kompromisspielraum und fordert eine klare Entscheidung:

„Wer in einem Kernbereich unserer Gesellschaft arbeiten will, wer eine Position haben will, in der er zwangsläufig zum Vorbild für die nächste Generation wird, sollte sich zu dieser Gesellschaft bekennen, sich für sie entscheiden und Normen wie Gleichberechtigung, Säkularismus und das Recht auf individuelle Selbstentfaltung vorleben.“

Nun ist natürlich zu berücksichtigen, an welchem Ort der Beitrag erschien und wer ihn verfasste. Und hier ist festzuhalten, dass Zeitung und Autor keineswegs in einem völkisch-nationalen oder konservativen Um-

feld agieren und die Leserinnen Einwanderung und damit verbundenen Veränderungsprozessen offen gegenüber stehen dürften.

Zunächst ist einzuwenden, dass der Text im Ausgangspunkt den „Symbolgehalt“ des Kopftuches - und der damit verbundenen Debatte - ausschließt bzw. als marginal ansieht. Damit erhält die Argumentation die Weihen von Objektivität und versperrt Perspektiven auf die Debatte, die auch Gemeinsamkeiten zwischen den Diskutierenden aufzeigen könnten.

Schwerer noch wiegen die unmittelbaren Vergleiche mit Beschneidungen in Afrika. Eine Gleichsetzung des Tragens von Kopftüchern mit einem irreversiblen körperlichen Eingriff ist nicht nur problematisch und überzogen, sondern schließt an Vorstellungen aus Medien- und Alltagsdiskursen an, die den Islam mit Fundamentalismus und gewalttätigen Praxen verknüpfen.

Ganz besonders problematisch wird der Text von Niels Arne Münch aber dort, wo er kopftuchtragenden Frauen eine entwickelte Persönlichkeit abspricht und so eine Wir-Sie-Dichotomie einführt: Das „Wir“ steht für eine „Leitkultur“, die die Grenzen der Toleranz bestimmt und an der „Sie“ nur durch Unterwerfung mitwirken können.

Wenn Münch die Normen Gleichberechtigung, Säkularismus und das Recht auf individuelle Selbstentfaltung allen Gesellschaftsmitgliedern zur Verpflichtung machen will, wird zudem die Engführung auf den Islam problematisch: Die Debatte müsste auf christliche und möglicherweise auch jüdische Organisationen ausgeweitet werden, auf Defizite, die es bekannter Weise auch dort gibt.

Diese kritischen Anmerkungen sollen jedoch nicht darüber hinwegsehen, worum es Niels Arne Münch und anderen Befürwortern eines Kopftuchverbots für Lehrerinnen geht: um die Ausschaltung einer zunehmenden islamistischen Einflussnahme in Deutschland (und darüber hinaus). Deshalb halte ich es auch für schade und schädlich, dass nicht stärker die Frage diskutiert wird, wie dieser Einfluss verhindert oder zumindest zurückgedrängt werden kann: Gewiss wäre Konsens zu erzielen, dass es allein das Kopftuchverbot nicht richten wird.

Um nicht missverstanden zu werden: Ich behaupte nicht, dass die Kopftuchdebatte Rassismus und Ethnozentrismus hervorbringt. Dennoch müssen sich die Verfechterinnen des Kopftuchverbots die Frage vorlegen, was sie dazu beitragen, damit ihre Argumente nicht als Bestätigung von Rassismen wirken. Umgekehrt kann man mit dem Verweis auf solche negativen Effekte nicht vom Tisch wischen, was an Einwänden gegen das Kopftuch im Unterricht vorgetragen wird. Schauen wir also kurz darauf, wie ihnen begegnet wird.

### Gegner eines Kopftuchverbots

Der Beitrag von Mohsen Massarat im FREITAG vom 28.1.05, gegen den sich Niels Arne Münch richtet, ar-

beitet durchaus auch mit emotional aufgeladenen Konstruktionen.

So diffamiert er die Befürworterinnen eines Kopftuchverbots als Personen, die einen „neuen Kulturkampf“ entfachen wollten. Er spießt Äußerungen von Alice Schwarzer auf, die das Kopftuch als „Flagge des islamistischen Kreuzzuges“ bezeichne. Das Thema eigne „sich hervorragend, die Ängste der Menschen gegen fremde Kulturen zu mobilisieren und bei Bedarf auch zu Wahlkampfzwecken zu instrumentalisieren.“ Dass in der jetzigen politischen Diskussion aus seiner Sicht die „Tendenz überwiegt, das Kopftuch tatsächlich verbieten zu wollen, ist alles andere als ein Gütesiegel für den Reifegrad der Demokratie.“ Unter der Hand werden hier Befürworter eines Verbots als demokratieuntauglich und unreif eingestuft und disqualifiziert.

Nach einer solchen impliziten Diffamierung entzieht Mohsen Massarat einer kontroversen Debatte völlig den Boden, wenn er die „Behauptung, das Kopftuch sei ein Symbol des islamischen Fundamentalismus“ als „Unfug“ bezeichnet und denjenigen, die dies tun, unterstellt, sie würden „Hunderte von Millionen moslemischer Frauen weltweit und Hunderttausende von Mosleminnen in Deutschland im Handumdrehen als Fundamentalistinnen stigmatisier(en)“.

Die Frage nach den Motiven von Frauen, Kopftuch oder Schleier anzulegen, ist für ihn schnell beantwortet: Es sei „Gewohnheit“, die Frauen fühlten sich den „traditionellen Konventionen ihrer Kulturen“ verpflichtet.

Und auch Mohsen Massarat richtet seinen Blick auf andere Länder und ihren Umgang mit dem Schleier und Kopftuch. So verletze der Schleierzwang im Iran zwar die Würde der Frauen, die keinen Schleier tragen wollten, er bringe jedoch den Mädchen und Frauen Zugang zu Schulen und zum öffentlichen Leben. „Mit einem Kopftuchverbot würde sich Deutschland ein Stück weit der Gepflogenheit der Türkei und Irans annehmen.“

Er hält dagegen die „auf den ersten Blick einleuchtende Behauptung – Schleier gleich Frauenunterdrückung (für) irreführend“. Sie lenke davon ab, dass in den islamischen Gesellschaften wie in der westlichen Welt das Patriarchat die eigentliche Ursache für Frauendiskriminierung ist. Doch „deutsche Frauenrechtlerinnen“ seien „noch weit davon entfernt, Frauenrecht als Kultur übergreifende universale Rechte zu begreifen.“

Mohsen Massarat wirft den Befürworterinnen eines Kopftuchverbots nicht nur Irrationalität und Angstphantasien vor, sondern unterstellt ihnen auch, Ängste zu schüren und das Thema für Wahlkampfzwecke zu benutzen. Dass er seine Vorwürfe nicht gegen christdemokratische Landesregierungen richtet, bei denen so etwas vermutet werden könnte, macht sein Bezug auf Alice Schwarzer als eine Ikone der Frauenbewegung in Deutschland deutlich. Insofern können diese Vorwürfe nur als Diffamierung und Abwertung der Frau-

enbewegung aufgefasst werden. Seine männliche Sprecherposition verschärft diese Konstellation noch.

Sein Artikel endet damit, dass er den Frauen, die ein Kopftuchverbot aus frauenpolitischen Gründen erwägen bzw. befürworten, sagt, wie sie bzw. man es richtig machen sollte. Diese Haltung mutet angesichts des vorab bescheinigten Patriarchats sowohl in einer islamischen wie westlichen Welt wenig überzeugend an.

Auf dieser Grundlage kann keine Verständigung stattfinden, zumal Mohsen Massarat die Befürchtungen der Verbotsbefürworterinnen nicht wahr- und/oder nicht ernst nimmt.

### Effekte der Debatte

Die skizzenhafte Sichtung von Argumentationen im Streit um das Kopftuch zeigt, dass die Debatte nicht nur kontrovers, sondern ausgesprochen polemisch geführt wird. Beide Seiten arbeiten mit Unterstellungen und bezichtigen sich wechselseitig, gültige Normen nicht einzuhalten oder zu verletzen: Die Befürworter eines Verbots meinen, die Gegner würden autoritäre Konzepte in unserer Gesellschaft in Kauf nehmen, um nicht als rassistisch gebrandmarkt zu werden. Die GegnerInnen eines Verbots werfen den Befürwortern vor, Rassismus oder zumindest Antiislamismus zu schüren.

Die Polemik verrät natürlich, dass es eben nicht nur um das Kopftuch geht, sondern um die Abwehr autoritärer und antidemokratischer Gesellschaftskonzepte, um das Verhältnis von Kirche und Staat und um die Ausgestaltung einer Einwanderungsgesellschaft. Dabei werden gängige Argumentationsmuster aus dem hegemonialen Diskurs unhinterfragt übernommen, so die Konstruktion des Fremden, das von außen nach Deutschland oder Europa eindringt, oder die Dichotomie von Moderne vs. Traditionalismus/Vormoderne.

Was die diskursiven Effekte betrifft, so beschädigen und desavouieren sich beide Seiten durch ihre Polemik gegenseitig. Hauptsächlich wird so das Lager derer gespalten, die in der Mehrheits- wie auch in der Minderheitsgesellschaft Einwanderungsprozesse nicht prinzipiell ablehnen, sondern im Kern befürworten und akzeptieren. Dies schafft Angriffsflächen für jene im Land, die dies nicht so sehen - den politischen Gegner wird das freuen. Aus diesem Blickwinkel verbindet die Kontrahenten im Kopftuchstreit mehr als sie sich zugestehen.

Ein Blick in den Einwanderungsdiskurs zeigt, dass das Konzept der Einwanderungsgesellschaft keineswegs „durch“ ist, wie etwa die zähe Debatte um das Zuwanderungsgesetz zeigte, in deren Verlauf es zum Zuwanderungsbegrenzungsgesetz wurde. Leider gibt es in weiten Teilen der Öffentlichkeit (noch) Vorbehalte gegenüber Einwanderung, und die notwendigen Debatten müssen immer auch mit Blick darauf geführt werden, dass Sensibilität im Umgang mit Minderheiten in Deutschland angebracht ist.

Zugleich müssen die mit dem Kopftuch verbundenen Aspekte einer Einwanderungsgesellschaft thematisiert und aufgearbeitet werden, sonst lässt sich der Anspruch einer sich durch Migration verändernden Gesellschaft nicht etablieren.

Angesichts der obwaltenden Dominanzverhältnisse ist jedoch zu fragen, ob das Thema Kopftuch und das, was an ihm exemplifiziert wird, nicht stärker mit Themen verkoppelt werden kann und sollte, die in den Kern der Mehrheitsgesellschaft verweisen. Wenn interkulturelles Zusammenleben auf dem Prüfstand steht, sollte nicht (nur) am schwächsten Glied – sozusagen beim Juniorpartner – angesetzt werden, sondern gleichzeitig sollten die Anforderungen formuliert werden, die von der Mehrheitsgesellschaft erbracht werden müssen und können.



Eva Kaewnetara / Hans Uske (Hg.)  
**Migration und Alter. Konzepte – Methoden – Erfahrungen**

DISS-Backlist, Unrast-Verlag, Münster  
140 Seiten, 14,80 €,  
ISBN 3-927388-77-7

Das Buch dokumentiert Modellversuche von kultursensibler Altenhilfe und macht sie für die Praxis zugänglich.



Kostenloses Probeexemplar:

Antifaschistisches Infoblatt  
Gneisenaustr. 2a | 10961 Berlin  
e-mail: alb@nadir.org  
web: www.nadir.org/alb

Einzelexemplar 3,10 Euro  
Abo 15,50 Euro (fünf Ausgaben)

## Männlichkeit in Biographien inhaftierter Jugendlicher mit Migrationshintergrund

# Machos sind immer die Anderen

Susanne Spindler

Gewalttätigkeit und Kriminalität von Jugendlichen mit Migrationshintergrund werden häufig mit dem Schlagwort des „türkischen Machismo“ erklärt. Die Jugendlichen seien geprägt von familiär bedingten, patriarchalen Männlichkeitsvorstellungen. Gewalt und ein gewalttätiges Geschlechterverhältnis seien ihre Normalität. Gleichberechtigte Verhältnisse in der BRD brächten den Kulturkonflikt deutlich zum Tragen - und damit die Jugendlichen in ein Dilemma, das sie durch Gewalt verarbeiten würden.

Biographische Interviews, die mit Jugendlichen mit Migrationshintergrund aus verschiedenen Haftanstalten geführt, und entlang derer ihre Lebensgeschichten rekonstruiert wurden, konnten zeigen, dass das Geschlecht für die Jugendlichen handlungsleitend ist, wie sie in eine Spirale gewalttätiger Männlichkeit gelangen, deren Schlusspunkt nicht nur die Haft ist. Es zeigt sich nämlich auch der Ausschluss aus gouvernementalen Machtformen mit allen Konsequenzen.<sup>1</sup>

### Strukturelle Gewalt als übergeordneter Lebenszusammenhang

Oft kontinuierlich bis in das Gefängnis hinein bewegen sich die Jugendlichen in gewalttätigen strukturellen Zusammenhängen. Neben traumatischen Erfahrungen als Flüchtlinge, die jahrelang in einer unsicheren und provisorischen Situation leben, berichten alle Jugendlichen von Diskriminierungen und Benachteiligungen z.B. in Schulen und stigmatisierten Quartieren. In einigen Biographien zeigen sich Erfahrungen sexualisierter Gewalt auch außerfamiliär in pädosexuellen Milieus.

### Geschlecht als widerspruchsvoller Prozess

Männlichkeit wird für die Jugendlichen zum widerspruchsvollen Prozess: Als eine von wenigen Ressourcen dient sie einmal der Orientierung und leitet ihre Handlungen (z.B. in Cliques). Doch sie kann auch zur Falle werden. Die Jugendlichen geraten in eine Spirale, in der immer gewalttätigere Formen von Männlichkeit zum Einsatz kommen – personale und strukturelle Gewalt. Es ist zwar richtig, dass sich in den Biographien viele Stereotype von Männlichkeit finden, die jedoch aber Konsequenz ihrer Lebensbedingungen zu bewerten sind, zumal ihnen „anerkannte“ Formen von Männlichkeit z.B. in beruflicher Hinsicht oder auch im medialen Diskurs verweigert werden.

### Verlorene Kämpfe

Oft schließen sich die Jugendlichen männerbündisch in Cliques zusammen, definieren Geschlecht und ihre Herkunft zum konstitutiven Merkmal der Zugehörigkeit. Es geht dabei jedoch weniger um kulturelle Merkmale als verbindendes Element als vielmehr um einen Solidaritätsverbund von den als „Ausländern“ Bezeichneten, die sich durch „doing gender“ und „doing ethnicity“ in auffälligen Formen präsentieren und inszenieren. So führen die Jugendlichen Auseinandersetzungen gegen Repräsentanten hegemonialer Männlichkeit und staatlicher Macht, wie z.B. der Polizei. Indem sie jedoch versuchen, sich in diesen Kämpfen einer überlegenen Männlichkeit anzunähern, entfernen sie sich immer weiter davon und werden zu Verlierern prädestiniert.

### Der Körper als Ausweg

Wenn eine „männliche“ Ausstattung des Körpers zur Notwendigkeit wird, weil sie die einzige Perspektive ist, dann hat dies Konsequenzen: Die Jugendlichen müssen mit diesem Körper arbeiten, ihn bearbeiten. Dadurch wird er zur Gefahr für andere, die ihn auch dann als Bedrohung wahrnehmen, wenn er nicht als solche eingesetzt wird. Die Betonung des Körpers verleiht den Jugendlichen den Anschein eines archaischen Verhaltens, das diese Gesellschaft längst überwunden glaubt; er wird zum „demonstrativen Geschlechtszeichen“. <sup>2</sup>

### Rückgriffe anderer auf die Körper

Aber nicht nur für die Jugendlichen wird ihr Körper immer wichtiger. Durch sexualisierte Gewalt erfahren sie von außen eine Überschreitung ihrer Körpergrenzen, die sie zugleich eingrenzt. Der Zugriff auf den Körper macht ihn gefügig. Während die Gewalttäter hegemoniale Männlichkeit produzieren, legen sie im Gegenzug die Jugendlichen auf eine subordinierte Männlichkeit fest, die sich in deren Körper einschreibt.

In ähnlicher Weise erzählen ihre Lebensgeschichten von Rassismus. Die Jugendlichen werden nicht als Personen mit individuellen Geschichten wahrgenommen, sie sind nur Defizitträger mit Blick auf das, was anormal ist, was ihnen fehlt und was sie falsch machen. Gesellschaftlich dient die Definition des „Anderen“ der Betonung von Differenz, um sich der hegemonialen Dynamik zurechnen zu können. Geschlechterungleichheiten werden so auf die Jugendlichen verlagert, während sich der Rest der Gesellschaft in Abgrenzung

<sup>1</sup> Vgl. dazu auch ausführlich Spindler 2006 (i.E.). Zur Rekonstruktion von Kriminalitätskarrieren bei Jugendlichen. Vgl. darüber hinaus Wolf-Dietrich Bukow / Klaus Jünschke / Susanne Spindler / Ugur Tekin (2003): Ausgegrenzt, eingesperrt und abgeschoben. Migration und Jugendkriminalität. Opladen.

<sup>2</sup> Meuser, Michael (1999): Männer ohne Körper? Wissenssoziologische Anmerkungen zum Verhältnis von Geschlecht und Körper. In: Zeitschrift für Politische Psychologie. 7. Jg., Sonderheft, Sozialisation und Identitäten, S. 31.

dazu definiert und sich so vom „Machismo“ freisprechen kann. Ihre Männlichkeit wird auf wenige ausschließlich negative Attribute reduziert: „gewalttätig“, „aggressiv“, „unproduktiv“ und immer wieder: „verantwortungslos“. Auch wenn für die Jugendlichen ihre Geschlechtskonstruktionen durchaus mit gesellschaftlich legitimierte Männlichkeitskonstruktionen korrespondieren, und auch wenn ihre Deutung innerhalb dessen liegt, was sie von der Gesellschaft kennen - und dazu gehören Gewalterfahrungen -, so steht das Urteil fest: Diese Jugendlichen bewegen sich nicht im Rahmen des Legitimen. Die Haft wird für sie zum endlich „richtigen“ Ort, hier müssen, ja dürfen sie keine Verantwortung für sich übernehmen.

### Konsequenzen der „Verantwortungslosigkeit“

Die Haft kennzeichnet somit den Endpunkt marginalisierter Männlichkeit. Ordnungen von über- und unterlegener Männlichkeit scheinen unverrückbar. Individuelle Ausformulierungen von Geschlecht werden immer belangloser, Aufbegehren macht immer weniger Sinn. Wenn selbst das Geschlecht nicht mehr wichtig sein darf, führt das in letzter Konsequenz zur Ent-Männlichung, manifestiert in der Abschiebung, die das Individuum entfernt. Darin zeigt sich ein völliger Entzug von Eigenverantwortung und Selbstbestimmung – Begriffe, die für den Rest der Gesellschaft immer wichtiger werden, handelt es sich doch um *die* Eigenschaften, derer das Individuum im Neoliberalismus bedarf. Die inhaftierten Jugendlichen werden damit von Herrschaftstechnik ausgeschlossen, in deren Zentrum die Subjektivität steht.

Prozesse der Subjektivierung kennzeichnen die Mechanismen gouvernementaler Führung (Foucault). Selbsttechnologien vermitteln zwischen Macht und Subjektivität und ermöglichen dem Individuum, sich selbst, seinen Körper und seine Lebensformen funktional zu halten: Das Subjekt internalisiert die Regeln so, dass es sich selber lenkt. Dabei bedeutet Subjektivierung nicht die Beseitigung von Unterwerfung oder Unterdrückung, und Selbstverantwortung ist nicht mit Freiheit des Subjekts gleichzusetzen - im Gegenteil macht genau das widersprüchliche Spannungsfeld der Verhaftetheit zwischen Zwang und Wille zur Selbstverantwortung, zwischen Eigeninitiative und neuen Zumutungen den Kern der Problematik von Macht und Subjekt aus.

Durch den Entzug von Eigenverantwortung wird an den inhaftierten Jugendlichen einmal mehr der Andere als Gegenbild kreiert, der, dem diese Form der Subjektivität und Verantwortungsübernahme nicht zuzutrauen ist. Es manifestiert sich eine Form des Ausschlusses, gegen den die Jugendlichen vorher kämpften und der dann in der Abschiebung exekutiert wird. Gleichzeitig erlangt der Begriff der Selbstverantwortung eine Aufwertung: Er dient zur Unterscheidung derer, die zur Übernahme dieser Selbstverantwortung nicht in der Lage waren und daher offensichtlich gesellschaftlich versagt haben (denn sonst wären sie nicht um Gefängnis) von denen, die eben in der Lage sind, ihr Leben selbst in die Hand zu nehmen. Diese simple Binarität überdeckt das Spannungsfeld von Selbstverantwortung und Zumutung, in dem die Gesellschaft sich alltäglich bewegt.



Frank Wichert

### Der Vorbildliche Mann. Die Konstituierung moderner Männlichkeit durch hegemoniale Print-Medien

Unrast-Verlag, Münster  
Edition DISS Band 7,  
207 Seiten, 16 •,  
ISDN 3-89771-739-0

Die Untersuchung zeigt, welche Konstituierungsmomente im Hinblick auf moderne Männlichkeit durch den Print-Mediendiskurs transportiert werden.

E. Lohoff, Norbert  
Trenkle, u.a. (Hg.)  
Dead Men  
Working

Gebrauchsanweisungen  
zur Arbeits- und Sozial-  
kritik in Zeiten kapitalistischen Amoklaufs  
ISBN 3-89771-427-2  
304 S., 18 €



Holger Schatz  
Arbeit als  
Herrschaft  
Die Krise des  
Leistungsprinzips  
und seine  
neoliberale  
Rekonstruktion  
ISBN: 3-89771-420-9  
332 S., 18 €

Holger Schatz,  
Andrea Woeldike  
Freiheit und  
Wahn  
deutscher  
Arbeit.

ISBN 3-89771-895-7  
280 S., B., 16 €



Bini Adamczak  
Kommunismus  
Kleine Geschichte,  
wie endlich alles  
anders wird

ISBN: 3-89771-430-2  
60 Seiten, 8 €

Birgit Schmidt  
Wenn die Partei  
das Volk  
entdeckt  
Ein kritischer  
Beitrag zur  
Volksfrontideologie  
und ihrer Literatur

ISBN 3-89771-412-4  
332 S., B., 21 €



Jens Kastner  
Politik und  
Postmoderne  
Libertäre Aspekte  
in der Soziologie  
Zygmunt Bauman

ISBN 3-89771-433-5  
318 S., 30 €

KRISIS 28  
beiträge zur kritik  
der  
Waren-gesellschaft

ISBN: 3-89771-550-3  
154 S., B., 10 €



**UNRAST Verlag**

Postfach 8020 • 48043 Münster  
Tel.: (0251) 686-293 Fax: -120  
ONLINE bestellen:  
www.unrast-verlag.de





## Staat, Nation, Gesellschaft

# Das jüdische Projekt einer integrativen Gesellschaft

Der im Frühjahr 2005 ausgeschriebene ‚Exzellenzwettbewerb‘ der Landesregierung NRW unter dem Titel *Geisteswissenschaften gestalten Zukunftsperspektiven* artikuliert nicht nur „ein starkes öffentlich-politisches Interesse an der geistes- und kulturwissenschaftlichen Forschung in Nordrhein-Westfalen“, sondern verbindet auch „die Chance zur Finanzierung anspruchsvoller Projekte mit einem Wettbewerb um Ideen und Konzepte, der zur Verbesserung von Präsentation und Position der geistes- und kulturwissenschaftlichen Forschung anregt“.

Die gemeinsame Bewerbung des Salomon Ludwig Steinheim-Instituts für Jüdische Studien (Duisburg) und des DISS war erfolgreich. Eine vom Kulturwissenschaftlichen Institut (KWI) in Essen eingesetzte internationale Jury wählte unter 161 eingereichten Anträgen 28 Projekte der Geistes- und Kulturwissenschaften aus den nordrhein-westfälischen Hochschulen aus, von denen wiederum 16 Projekten eine Vollförderung zuerkannt wurde. Unter letzteren ist auch das von DISS und Steinheim-Institut gemeinsam konzipierte, diskurshistorische Vorhaben mit dem Titel *Staat, Nation, Gesellschaft: Das jüdische Projekt der integrativen Gesellschaft im 19. Jahrhundert und seine Bedeutung für Gegenwart und Zukunft*.

Bis Dezember 2006 wird sich das beim DISS angesiedelte Forschungsteam mit der Aufgabe beschäftigen, einen bisher in dieser Weise noch nicht beachteten Strang der deutschen Diskursgeschichte aufzuarbeiten. Denn insbesondere deutsch-jüdische Autoren haben sich in den Debatten des 19. Jahrhunderts um die nationale und gesellschaftliche Zukunft Deutschlands für eine zivile und weltoffene deutsche Gesellschaft eingesetzt. Gegen ein oft erbittertes Klima aus Judenfeind-

schaft, völkischem Nationalismus und reaktionärem Obrigkeitsstaat entwickelten sie nicht nur Vorstellungen einer modernen integrativen Gesellschaft, sondern erhofften sich deren Verwirklichung trotz aller Rückschläge insbesondere von der deutschen Kultur. Gradmesser sollte dabei das Verhältnis zu Minderheiten und dabei vor allem zur jüdischen Minderheit sein.

Das Projekt führt, gerade weil es sich der optimistischen, konstruktiv-visionären Perspektive der Autoren stellt, zugleich heran an den Zustand der deutschen Mehrheitsgesellschaft, die auf diesen Optimismus mit Desinteresse, spätestens seit der Reichsgründung aber mit beispiellosen antisemitischen Kampagnen antwortete: Das Jahr 1933 war nicht das plötzliche Ende eines zuvor intakten jüdisch-nichtjüdischen Verhältnisses in Deutschland. Das Projekt versteht sich insofern auch als Beitrag zu einer fälligen, umfassenderen geschichtlichen Aufarbeitung des Unrechts, indem es zumindest heute den Beitrag annimmt, den deutsche Juden zur anderen, zur zivilgesellschaftlichen deutschen Identität beisteuerten.

Die Fragen, die im 19. Jahrhundert aus jüdischer Perspektive an die Mehrheitsgesellschaft gerichtet wurden, lenken aber auch in anderer Hinsicht den Blick in die Gegenwart und in die Zukunft – das heutige Verhältnis der Mehrheitsgesellschaft zu Judentum und jüdischer Identität in Deutschland erfährt vor dem Hintergrund der Shoah ein ganz besonderes Gewicht, als Indikator für einen gesellschaftlichen Lernprozesses, der nicht mehr hintergebar ist.

Als Grundlage der Projektarbeiten ist exemplarisch der Zeitraum zwischen 1848 und 1871 ausgewählt worden. Über 300 Druckschriften werden diskurshistorisch unter der

Fragestellung untersucht, welche Entwürfe zu Staat, Nation und Gesellschaft deutsch-jüdische Autoren in die öffentliche Diskussion einbrachten. Neben vielfältigen, bisher unbekanntem geschichtlichen Details werden Umriss eines Konzepts von „integrativer Gesellschaft“ erwartet, in dessen Mitte nicht zuletzt das christlich-jüdische Verhältnis steht.

Technische Basis ist die Digitalisierung im OCR-Verfahren (optical character recognition): Das meist in gebrochenen Schrifttypen (in Fraktur) vorliegende Textmaterial wird elektronisch in Antiqua eingelesen. Dies ist nicht nur Voraussetzung für die diskursanalytische Textuntersuchung, sondern eröffnet zugleich die Perspektive einer gedruckten oder online veröffentlichten Quellenedition der Texte. Da viele der Druckschriften in nationalen und internationalen Bibliotheken nur noch in Einzelexemplaren und in oft sehr prekären Zustand erhalten sind, ist dies auch ein Beitrag zum Erhalt eines wichtigen kulturellen Erbes.

Das Projekt wird unter dem Dach der Universität Duisburg-Essen von Prof. Michael Brocke (Salomon Ludwig Steinheim-Institut für Jüdische Studien, Duisburg) und Prof. Siegfried Jäger (DISS) geleitet. Die Projektkoordination liegt bei Dr. Jobst Paul (DISS). Dem Forschungsteam gehören außerdem Dr. Margarete Jäger, Iris Tonks, Hacer Ucar und Daniela Hellbach an.

## Sommerworkshop des DISS

## Reisen mit Foucault und Derrida

Das DISS setzte seine Tradition der Sommer-Workshops - in diesem Jahr mit Unterstützung der Rosa Luxemburg-Stiftung - fort. Er fand Anfang Juli zum Thema „Kritik der Identität als Bestandteil moderner Rationalität“ in den Institutsräumen statt.

Der Vortrag von *Angelika Magiros* (Marburg) mit dem Titel „Kritik der Identität“ konfrontierte die Foucaultsche Diskurstheorie und hier insbesondere seine Geschichte der Biomacht mit Horkheimer/Adornos aufklärungskritischer These. Sie betonte, dass beide Ansätze zwar unterschiedliche Traditionen der Moderne-Kritik präsentieren, jedoch sei ihnen gemeinsam, dass sie die Logik der Identität, verstanden als den Drang zum widerspruchsfreien Einssein, als zu kritisierenden Bestandteil moderner Rationalität ansehen.

*Ulrich Brieler* (Leipzig) schloss mit seinem Vortrag zur „Geschichtlichkeit des Foucaultschen Denkens“ daran an, in dem er den Nachweis antrat, dass Foucault nicht nur ein neues Konzept von Geschichtsschreibung vorlegte, sondern dass er dieses auch selbst praktizierte. Seine These von der Geschichtlich-

keit des Geschichtsdenkens und damit auch der jeweils gültigen Wahrheit von Wahrheiten gelte auch für seine eigenen Arbeiten. Jegliche Fundamentalismen und Vorstellungen darüber, dass Geschichte festen Regeln oder gar Gesetzmäßigkeiten folge, könne damit begegnet werden.

*Alfred Schobert* (Duisburg) nahm in seinem Vortrag: „ReligiOnline. Religion, Medien und Terrorkrieg – Zu einigen verflochtenen Motiven in jüngeren Texten Jacques Derridas“ die Zuhörerinnen mit auf eine Reise zu den verschiedenen Lebens- und Schaffensperioden von Jacques Derrida. Derrida betrachtete religiöse Fundamentalismen nicht als unverändert Wiederauftauchendes, sondern als originale Ausprägungen unserer Zeit, was sich z.B. an den Allianzen aus Religion und moderner Technologie zeige. Genau hier setzte er mit der Dekonstruktion des Verhältnisses von Glauben und Wissen an. Dabei zeigte er keineswegs mit dem Finger auf den Fundamentalismus der Anderen; sondern förderte fundamentale (Denk)Strukturen des modernen okzidentalen Rationalismus zutage. Damit aber unterliegt

das politisch-theologische Phantasma der Souveränität, das – wie Debatten um die Todesstrafe und den Terror-Krieg zeigen – massiven Turbulenzen.

*Torsten Bewernitz* (Münster) stellte in seinem Vortrag „Die diskursive Wandlung des Begriffes „Krieg“ in der Friedens- und Konfliktforschung“ erste Ergebnisse seines Forschungsprojekts vor. Während in der 70er und 80er Jahren die Friedensforschung die enge Verbindung von Staat und Krieg betonte, sind in den 90er Jahren gegenteilige Argumentationsmuster hegemonial geworden. Die „neuen Kriege“ – so etwa Herfried Münkler – funktionierten privatökonomisch und abgekoppelt von Staatlichkeit. Aus beiden Konzepten resultieren unterschiedliche friedenspolitische Strategieempfehlungen: War dies in den 70er/80er Jahren die Begrenzung oder Abschaffung von Staatlichkeit, so ist es nun die Förderung von Staatlichkeit.

Die Diskussion der Vorträge zeigte, dass sich kulturwissenschaftliche Forschung keineswegs in einem Elfenbeinturm aufhält, sondern per se höchst politisch und praxisbezogen ist.

S.J.

## Wissenschaftsforum Ruhr

## Gemeinsam stark

Das 2004 gegründete Wissenschaftsforum Ruhr ist eine Arbeitsgemeinschaft unabhängiger Institute aus der Ruhrregion und engagiert sich für die Stärkung der Wissenschaftskultur und den Dialog zwischen Wissenschaft und Öffentlichkeit. Die AG pflegt Kontakte zu den Hochschulen und zu Partnern in Bildung, Kultur, Medien, Wirtschaft und Politik. Das DISS ist dieser Arbeitsgemeinschaft, der inzwischen 25 völlig autonome Institute und zudem eine Reihe von An-Instituten angehören, nun ebenfalls beigetreten. Die ersten

Treffen der AG zeigen, dass sich bisher kaum sichtbare Querverbindungen zwischen den unterschiedlichsten Disziplinen ergeben, also auch zwischen Geistes- und Sozialwissenschaften einerseits und naturwissenschaftlich arbeitenden Einrichtungen. Das ist für die Arbeit des DISS schon allein deshalb nicht uninteressant, weil auf diese Weise Sachverstand abgerufen werden kann, der für transdisziplinäre angelegte Projekte des DISS, wie etwa solche zur Biopolitik unerlässlich ist. Weitere Informationen unter [www.wissenschaftsforum-ruhr.de](http://www.wissenschaftsforum-ruhr.de).

# Vor 40 Jahren

Leseprobe aus dem  
Pro Asyl-Kalender  
„Fluchtwege freihalten!“ 2006

**7.3.1966** Das „Internationale Übereinkommen zur Beseitigung jeder Form von Rassendiskriminierung“ tritt in Kraft.

*Heiko Kauffmann*

Das Asylbewerberleistungsgesetz ist ein Anschlag auf die Menschenwürde! Es führt zum Aushungern und zur Vertreibung von Flüchtlingen. Es markiert den Weg von einer schleichenden Aushöhlung des Sozialstaates hin zu einer bewussten Zertrümmerung des Sozialstaatsprinzips.

Eine der Wurzeln des Rassismus liegt in der Ungleichbehandlung, der rechtlichen und sozialen Ausgrenzung von Menschen. Der Kern des Rassismus bestand immer und besteht auch heute in seiner materiellen und ideellen Vorherrschaftsfunktion vor anderen. Es ging und geht dabei immer um wirtschaftliche, rechtliche und soziale Ungerechtigkeit, um die Erhöhung des Selbstwertgefühls auf Kosten Anderer, Fremder und Minderheiten, die deshalb „minderbewertet“, benachteiligt und diskriminiert werden. Die Einführung eines dauerhaft geringeren Existenzminimums für eine ganz bestimmte Gruppe hier lebender Menschen und ihre systematische Ausgrenzung mit den Mitteln des „Sozialrechts“ ist staatlicher institutioneller Rassismus.

Auch wenn das Gesetz mit den Mitteln der Rechtsstaatlichkeit auf den Weg gebracht wurde, muss es als rassistisch geprägtes Sondergesetz bezeichnet werden, das die Substanz und die Glaubwürdigkeit des demokratischen Rechtsstaates nachhaltig beschädigt.

Deutschland hat sich völkerrechtlich verpflichtet, die im Sozialpakt garantierten Rechte mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln „fortschreitend“ zu verwirklichen. Der Ausschuss für wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte hat darauf hingewiesen, dass insbesondere die Diskriminierungsverbote des Sozialpaktes unmittelbar anzuwenden sind. Eins der obersten Verfassungsprinzipien der deutschen Rechtsordnung ist ihre Verpflichtung zu völkerrechtsfreundlicher Auslegung:

„Dieser Grundsatz gebietet Verwaltungsbehörden und Gerichten, deutsche Rechtsnormen so auszulegen und anzuwenden, dass sie im Einklang mit völkerrechtlichen Verpflichtungen der Bundesrepublik stehen. Wo immer sich Auslegungsspielräume bei der Rechtsanwendung ergeben, sind diese so zu konkretisieren, dass den Forderungen des Sozialpaktes

*FLUCHT-WEGE freihalten!*  
*D.h., persönlich und in der gesellschaftlichen Gemeinschaft dafür einzutreten, dass dieses Menschenrecht Gültigkeit haben kann überall auf der Erde. Der Taschenkalender von PRO ASYL regt - täglich - zum Engagement an. (Sozialnet.de)*



Pro Asyl (Hg.)  
Flucht-Wege freihalten! 2006  
ca. 224 S., kart., 6,90 Euro, ISBN 3-86059-466-4

entsprochen wird.“ (Markus C. Zöckler, Universität München)

Auch und gerade am Beispiel des Asylbewerberleistungsgesetzes wird deutlich, das sich juristisches Denken und Verwaltungshandeln in Deutschland immer mehr von humanitären und völkerrechtlichen Standards und Erfordernissen entfernt.

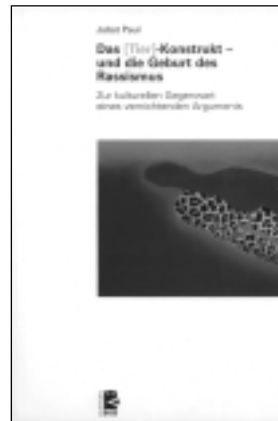
Der staatliche Umgang mit Flüchtlingen und Minderheiten ist von zentraler Bedeutung für die Fortentwicklung von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit zu Beginn des 21. Jahrhunderts.

Eine Asylpolitik, die im Geist der Abwehr, Ausgrenzung und Kriminalisierung schutzsuchender Menschen getragen wird, gefährdet das Verhältnis und die Zukunft von Rechtsstaatlichkeit, Demokratie und Menschenrechten. (...)

War es nicht jene „Kultur“ des Wegsehens und Wegschauens, einer kollektiven Gleichgültigkeit und einer angepassten Mitläufermentalität, welche die „legalisierten“ Staatsverbrechen der Nationalsozialisten, die Verfolgung, Vertreibung und Vernichtung der jüdischen Bevölkerung, von Sinti und Roma und Oppositionellen erst möglich machten? Lehrt nicht gerade auch die deutsche Geschichte, dass jeder Terror im kleinen anfängt? Was heute noch nach Schikane und Benachteiligung aussieht, kann morgen schon gezielte Ausgrenzung und Diskriminierung sein. Wo heute noch Vorurteile systematisch geschürt werden, schlägt morgen schon der Volkszorn zu.

Jede negative Zuordnung von Menschen, jede Form von Kategorisierung und Stigmatisierung, auch jede Sonderbehandlung in Form von Gesetzen und Erlassen, trägt den Keim von Hass und Zerstörung in sich.

Es kommt nicht allein darauf an, der Ideologie des Nationalismus, des Faschismus und Rassismus entschieden entgegen zu treten; es ist ebenso wichtig, die Strukturen und Mechanismen von Ausgrenzungs- und Diskriminierungsstrategien zu erkennen und sie zu bekämpfen, auch wenn sie heute in anderer Gestalt – selbst in der Tarnung von Demokraten und gegenüber anderen Menschengruppen daherkommen. Deshalb erweist sich demokratisches Engagement, Zivilcourage in der Schärfung des Blickes, in erhöhter Sensibilität und Wachsamkeit gegenüber den heutigen Gefahren des Missbrauchs politischer Macht und der Ausgrenzung von Minderheiten sowie im verantwortlichen Handeln gegen Diskriminierung, Verfolgung, Menschenrechtsverletzungen und Völkermord in der Gegenwart. (...) Politik und Zivilgesellschaft sind gefordert, eine Umkehr zu den Grundsätzen der Achtung der Menschenwürde und der Wahrung von Recht und Gerechtigkeit gegenüber Menschen, die in Deutschland aus berechtigten Gründen Zuflucht und Schutz suchen, einzuleiten.



Jobst Paul

**Das (Tier)-Konstrukt – und die Geburt des Rassismus. Zur kulturellen Gegenwart eines vernichtenden Arguments**

Unrast-Verlag, Münster  
Edition DISS Band 2, 400  
Seiten, 24 • ISBN 3-89771-731-4

Die Studie plädiert für den Abschied vom (Tier)-Konstrukt und für die längst überfällige, kulturelle Hinwendung zur Ethik der Gleichheit.

Alfred Schobert /  
Siegfried Jäger

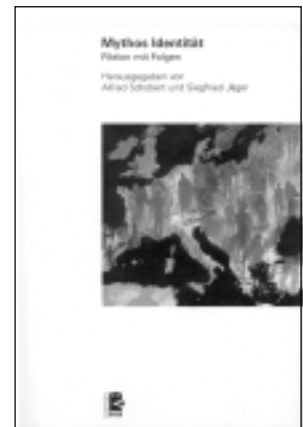
**Mythos Identität. Fiktion mit Folgen**

Unrast-Verlag, Münster  
Edition DISS Band 6, 234  
Seiten, 18 • ISBN 3-89771-735-2

Allenthalben ist zu hören, Nationen seien reine Mythen, Konstrukte, bloße Fiktionen kollektiver Identität, denen in Wirklichkeit keine reale Existenz zukomme. Der Begriff „Nation“ reklamiere

eine eben nur fiktive, nicht tatsächliche gemeinsame Herkunft, die Homogenität einer Volks- und Schicksalsgemeinschaft, eine gemeinsame Sprache und Kultur und ähnliche Eigenschaften. Solche Kritik übersieht, dass derartige Konstruktionen und Fiktionen reale und ganz konkrete Folgen haben, Folgen, die keineswegs verschwinden, wenn ihre Fiktionalität als solche analysiert und benannt wird: Sicherung von Besitzständen führt zu Kriegen, die Hypostasierung der gemeinsamen Abstammung nährt Rassismus und Antisemitismus.

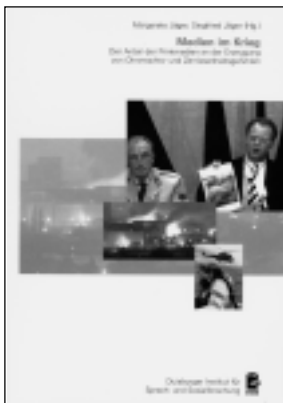
Mit Beiträgen von Semra Çelik, Ivan Golobolov, Siegfried Jäger, Kurt Lenk, Jobst Paul, Gudrun Quenzel, Alfred Schobert, Frank Wichert und Moshe Zuckermann



Angelika Magiros

**Kritik der Identität. ‚Bio-Macht‘ und ‚Dialektik der Aufklärung‘ – Werkzeuge gegen Fremdenabwehr und (Neo-)Rassismus**

Unrast-Verlag, Münster  
Edition DISS Band 5, 284  
Seiten, 18 • ISBN 3-89771-734-4



Margarete Jäger / Siegfried Jäger (Hg.)

## Medien im Krieg. Der Anteil der Printmedien an der Erzeugung von Ohnmachts- und Zerrissenheitsgefühlen

DISS-Backlist, Unrast-Verlag Münster,  
301 Seiten, 18 • ,  
ISBN 3-927388-79-3

Im Krieg der NATO gegen Jugoslawien haben die Medien eine herausragende Rolle gespielt. Durch ihre immer wieder beteuerte Haltung, Fakten bringen zu wollen, dies aber nicht können, durch die ständige Präsentation erschütternder Bilder, konnten sich Hilflosigkeit und Ohnmachtsgefühle ausbreiten, obwohl der Krieg durch die Bevölkerung weitgehend abgelehnt wurde.

Siegfried Jäger / Jobst Paul (Hg.)

## „Diese Rechte ist immer noch Bestandteil unserer Welt“ Aspekte einer neuen Konservativen Revolution

DISS-Backlist, Unrast-Verlag Münster,  
354 Seiten, 19,90 • ,  
ISBN 3-927388-78-5

Ergebnisse eines DISS-Colloquiums, das der Frage nachging, ob Deutschland »eine neue Konservative Revolution« ins Haus stehe. Der Band wurde durch Beiträge von Zeev Sternhell und Jürgen Link (zum 11. September 2001) ergänzt.



Margarete Jäger / Heiko Kauffmann (Hg.):

## Leben unter Vorbehalt. Institutioneller Rassismus in Deutschland

DISS-Backlist, Unrast-Verlag Münster,  
306 Seiten, 19,90 • ,  
ISBN 3-927388-83-1

Aus unterschiedlichen politischen und gesellschaftlichen Blickwinkeln werden Gesetzesvorschriften, Praxen und Verfahrensweisen vorgestellt und kritisiert, denen Einwanderer und Flüchtlinge begegnen und die beseitigt werden müssen, wenn eine humane Asyl- und Einwanderungspolitik nicht zum Etikettenschwindel verkommen soll.



### Förderkreis des DISS

Das DISS finanziert sich über Drittmittel und über einen Förderkreis. Das ist nicht immer einfach. Der Förderkreis hilft uns, die Grundkosten des Instituts teilweise abzudecken. Um unsere Arbeiten „gegen den Strich“ zu Rechtsextremismus, Migration, Biopolitik, Krieg weiterhin durchführen zu können, benötigen wir finanzielle Unterstützung.

Als Förderer (ab 10 • mtl.) erhalten Sie das DISS-Journal und werden auf Wunsch zu den jährlichen wissenschaftlichen Colloquien und Workshops eingeladen. Die Spenden sind steuerlich absetzbar.

Bitte spenden Sie auf das Konto 209 011 667 bei der Sparkasse Duisburg, BLZ 350 500 00.

### edition DISS

Seit 2004 erscheinen DISS-Publikationen als *edition DISS* im Unrast-Verlag (Münster). Die Bücher der Edition wie auch alle vor 2004 erschienenen Publikationen können über den Buchhandel sowie direkt über den Verlag bezogen werden:

Unrast-Verlag  
Am Hawerkamp 11  
Postfach 8020  
D 48043 Münster  
Telefon +49(0)2541 66 62 93  
mail: info@unrast-verlag.de